

Die Arbeit der Kommunistischen Frau

Einzelnummer 25 Hfg.

Nr. 7. I. Jahrg.

Frauen-Beilage.

18. November 1921

Das Märchen vom Reichtum und der Not.

Es war einmal Bruder und Schwester:
Der Reichtum und die Not;
Er schwelgte in tausend Genüssen,
Sie hatte kaum troden Brot.

Die Schwester diente beim Bruder
Viel hundert Jahre lang;
Ihn rührt es nicht, wenn sie weinte,
Noch wenn sie ihr Leiden besang.

Er fluchte und trat sie mit Füßen,
Er schlug ihr ins sanfte Gesicht;
Sie fiel auf die Erde und flehte:
Hilft du, o Gott, mir nicht?

Wie wird das Lied wohl enden?
Das ist ein traurig Lied!
Ich will's nicht weiter hören,
Wenn nichts für die Schwester geschieht!

Das ist das Ende vom Liede,
Vom Reichtum und der Not:
An einem schönen Morgen
Schlug sie ihren Bruder tot!

Die Proletarierfrauen nach drei Jahren Revolution.

Als vor drei Jahren die Rebellion der deutschen Soldaten und Arbeiter den Schrecken des Weltkrieges ein Ende gebot, ging es wie erstöckte Aufatmen durch die Massen auch der Millionen proletarischer Frauen. Zu Ende die Sorgen Tag und Nacht um das Leben des Mannes, des Vaters, des Sohnes im Feld! Alle Tränen würden getrocknet werden, alle Schmerzen sich in Freuden verwandeln. Welche Aussicht, nicht mehr hungern, nie mehr nach den elenden Nationen aufstehen zu müssen! Welch Glück, wieder einmal mit Fleisch und Speck, Milch und Butter, Eiern und Zucker wirtschaften zu können, um die schmalwangigen, blassen Kinder aufzufüttern, den an der Front heruntergekommenen Mann zu pflegen, die eigenen Glieder etwas zu stärken, die nach 4½ Jahren harter Kriegsarbeit und unzureichender Kost zusammenzubrechenden drohten. Ein warmes, gemütliches Heim, eine ordentliche Kleider- und Wäscheausstattung für die abgerissenen Kinder, Ergänzung des Hausrates und der verwahrlosten Wirtschaft, wohl gar eine Erholungsstube für das kranke Kind — solche und ähnliche Träume ließen die Herzen der Proletarierinnen höher schlagen. Die Männer würden gutbezahlte Arbeitsstellen bekommen — wie sollte es an Arbeitsgelegenheit in einem von allem Lebensbedarf entblößten Lande fehlen? Die Frauen würden von der mörderischen Kriegsarbeit befreit sein und nur noch in gesundheitlich einwandfreien Betrieben in achtstündiger Arbeitszeit beschäftigt werden, sie würden aus Lasttieren wieder Menschen werden. Wie könnte es anders sein, da doch die Reichen und Mächtigen aufs Haupt geschlagen waren, da die Arbeiter- und Soldatenträte im Lande herrschten, da die Volkswahlmänner die Sozialisierung ankündigten, die Erfüllung der Träume, das Ziel des Kampfes aller Mühseligen und Beladenen.

Und sie setzten, die Proletarierinnen, würden mit Hand aus

Wert legen! Nicht mehr Menschen zweiter Klasse, nein Gleichberechtigte mit ihren Klassengenossen, den Arbeitern, würden sie mit ihnen gemeinsam den Staat des Friedens, der Gerechtigkeit, des Wohlseins und des Glücks aufbauen, für alles, was Menschenanständig trägt.

Die Träume von damals sind angeträumt. Dem Rausch des Sieges, des weltentfremdenden Kraftgefühls ist schrittweise, schleichen, aber unausweichlich das graue Elend gefolgt.

Der Hunger ist in den Arbeiterfamilien ein ständiger Gast geworden, der auf die Dauer immer unerträglicher wird. Warum sollten die Landwirte Brotgetreide bauen, da sie an der Brache und der Knappheit des Kornes mehr verdienen als am Ueberfluß? Wer hindert sie, um ihres heiligen Profits willen die reichen Kartoffelernten an die Schweine zu verfüttern, zu Schnaps zu brennen, ins Ausland zu verschleppen? Füllen sie den leeren, schmerzenden Magen des Proleten? Die lederen Auslagen der reichgefüllten Läden und Schaufenster sind für die unteren Millionen nur zum Anschauen da. Die jämmerlichen Preise sorgen dafür, daß nur die oberen Zehntausend sie kaufen können.

Die Verwahrlosung der Wohnungen schreitet fort, und gleichzeitig drängen sich die Proletarierfamilien immer enger darin zusammen. Man ist ja froh, wenn man überhaupt noch ein Dach über dem Kopf hat; mag es auch noch so schwer sein, an jedem Monatsersten den unverschämten Mietzins aufzubringen. Wo gibt es denn abgelaufene Wohnungen? Die Schlösser und Paläste von Wilhelm und Ludendorff, die Luxushotels wären doch zu schade für die Arbeiterfrauen!

Kleider und Schuh, Samt, Seide und Pelze in prächtigsten Ausführungen kennen die fleißigen Konfektionsarbeiterinnen recht gut von ihren Werkstätten her, wo sie bis spät abends Rücken und Unterleib, Augen und Hände darüber angestrengt haben. Aber nicht sie und ihre Kinder tragen die guten, schönen Sachen, sondern die Ausbeuter, Schieber und Bucherer und die von ihnen ausgehaltenen Pierpuppen, die Drohnen der Gesellschaft.

Die Kinder sterben zu Hunderttausenden — im Mutterleib, im Säuglingsalter, aus Hunger und Erschöpfung, an Schwindsucht, Abmagerung. Die Republik hat kein Geld, keine Ärzte, keine Sanatorien für sie.

Die Mütter sterben zu Tausenden im Wochenbett, ruinieren sich in der viel zu schweren, oft gütigen Arbeit der Betriebe; zehn Stunden am Tag, Sonntags, Nachts. Und daneben die Lasten des Haushalts und der Kinder.

Scharen von arbeitslosen Frauen und Männern fristen ihr Leben nur noch durch das Versehen ihrer letzten Habe und durch die Solidarität ihrer Klassengenossen, die wissen, was Hunger ist, denn der Unternehmer und der Staat kennen kein Erbarmen. Aber andere, größere Scharen von Arbeitern und Arbeiterinnen stehen in den Betrieben Tag und Nacht, Werktag und Sonntags, keufend unter der Last der Ueberarbeit, sorgenvoll am Wochenende ihren Verdienst durchzählend, der trotz allen Rechnens nicht für die notwendigsten Ausgaben zum Unterhalt in der Familie reichen will.

Dem allen voran geht eine Ausgabe ab, für die sich die Republik am wärmsten interessiert — die 10 Prozent Steuern!

War das der Sinn und Zweck der Revolution? Haben wir dafür geduldet und gekämpft und gehofft unser Leben lang? — denken viele Arbeiterfrauen tief enttäuscht und erbittert. Wenn das die Herrschaft des Volkes, wenn das die Gleichberechtigung der Frau, wenn das Sozialismus ist, wäre es dann nicht viel besser gewesen, alles beim Alten zu lassen?

Herrschaft des Volkes, Gleichberechtigung der Frau, ja, gibt es denn so etwas in Deutschland? Wo bestimmen denn Arbeiter und Arbeiterinnen ihr eigenes Schicksal? Wo sind die Arbeiter- und Soldatenträte geblieben? Verschwunden oder zur Ohnmacht verurteilt durch die „Verankerung“ im Betriebsratelgesetz. Wer verwaltet den Staatsapparat? Die alten ministeriellen Beamten. Wer spricht „Recht“ in Deutschland, wer läßt Milde walten gegen freche Ausbeuter und Bucherer, gegen monarchistische Verschwörer, gegen Arbeiterkinder und Mörder? Wer verhängt jahrhundertlange Kerker- und Zuchthausstrafen gegen Arbeiter, die um ihr Recht kämpfen? Die alten reaktionären Staatsanwälte und Richter! Wer wird gegen die Arbeitererschaft, die um ihre nackte Existenz streift und demonstriert,

Die Firma Benz in Mannheim hat vor acht Tagen die gesamte Belegschaft von 3500 Mann ausgeperrt, angeblich, weil diese gegen unberechtigte Eingriffe von Direktionsbeamten in schwebende Lohn- und Akkordverhandlungen vor dem Direktionsgebäude demonstrierte. Wie die Firma erklärt, soll diese Ausperrung mit den Lohnverhandlungen nichts zu tun haben, sondern lediglich eine Maßregel zur Aufrechterhaltung der „Ordnung und Disziplin“ sein. In Wirklichkeit wollen die Unternehmer damit offensichtlich das Beispiel der Schichauwerit in Elbing nachahmen. Die Arbeitererschaft soll durch diese Ausperrung zermürbt und ausgezehrt werden, um ihr auf diese Art das Rückgrat für alle kommenden Lohnbewegungen zu brechen. Der Streik wird geschlossen weitergeführt. Eine Solidaritätsaktion der gesamten Mannheimer Arbeitererschaft ist angekündigt.

Streiks und Lohnbewegung in Essen und Dortmund.

Essen, 17. November.

Am Sonnabend, den 12., haben die Arbeiter der Kruppwerke die Forderung auf Gewährung einer einmaligen Feuerungszulage in der Höhe des Monatsverdienstes gestellt und im Nichterfüllungsfalle mit dem Streik ab Montag früh gedroht. Um auf die sofort ausgenommenen Verhandlungen einen Druck auszuüben, demonstrierten etwa 10000 Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude. Zu einem Streik ist es am Montag vormittag noch nicht gekommen, weil die Verhandlungen über die Bewilligung der Feuerungszulage am Montag fortgesetzt wurden.

In Dortmund haben die Feitzer und Maschinenbauarbeiter den Streik fortzusetzen. Infolgedessen haben die großen Metallwerke der „Union“, der „Koten Erde“ und „Hösch“ die Betriebe geschlossen, 18000 Mann streiken im Kampf. Die Notstandsarbeiten werden von Beamten und Reichern verrichtet. Die Werke sind von der Schutzpolizei besetzt.

den Finanzelend des Reiches und der damit verbundenen unerträglichen Veruerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr unverzüglich ein gesetzgeberisches Eingreifen verlangt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist, halten die Gewerkschaften angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche Neuordnung für unumgänglich notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zwecke der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beendigung des Krieges wiedererstellten Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspinnen. Die Stilllegung der Rentenpreise, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen an die Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unterziehen. Unter unbedingter Ablehnung aller Versuche einer Ueberführung der Eisenbahn oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Verwaltung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch privatrechtliche Lieferanten müssen im Eisenbahnfinanzgesetz Sicherungen vorgeesehen werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend fordern die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Na-

UNG

hen Internationale)

Die Sachhaltene Mittelwertzeile oder deren 0,90 Ml. Stellen- und Wohnungsgehalte, in- und Verfallungsangelegenheiten 0,40 Ml. meterzeile, Sachhalten oder deren Raum m Text 8.— Ml.

ipfe.

der Reichsversicherungsanstalt. Der Reichsversicherungsanstalt für November zur Durchführung und an. Von zahlreichen anderen Berathungsbereinigungen ein.

onen bei Siemens. Im Wernerwerk wurden die gesamten Vertrauensrisikolos entlassen, da sie zu der Demobüber Listen hatten zirkulieren lassen, hmer einzeichnen sollten. Der Arbeitine Zustimmung zu der Entlassung, Abteilungen übten aus Solidarität. Nachmittags des 10. November ver Arbeiter zu einer gewaltigen Protestn Gewaltstreik der Direktion. Auf rationsvertreter wurde beschlossen, die r aufzunehmen. Sollte die Direktion ahme der Entlassungen verweigern, Besetzung die Arbeit niederlegen. Metallarbeiter- und Fabrikarbeiter- sch mit diesem Standpunkt der Berden.

m Bergbau. Die vier Bergarbeiter an den Reichsverband der deutschen e Bergbau, erwidert und um Lohnn gesamten Bergbau nachgesucht.

Thermometerindustrie in den Orten da, Gera (S.-G.), Arlesberg, Angeltgersburg und Koda sind wegen en Streik getreten.

fabriken. Die Beschäftigten des Be- an eine Wirtschaftsbeihilfe von 300

r die Metallarbeiter in einer Bewe- höheren Stundenlohn.

ten thwerte.

regierung und dem Reichstag zur Er- nachungsleistungen und zum Ausgleich des Reiches die beschleunigte Beschluß- fchgeberische Maßnahmen:

g des Reiches an den Sach- gesellschaften haben 25 Prozent ihres Reich zu übertragen. Die kleineren ge- gen und die Landwirtschaft sind durch anriffe der Veränderung des Geldwertes r Höhe zu belasten.

2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.

3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Frist wirtschaftlich zu gestalten.

4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.

5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.

6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Salutzugewinne.

7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotsopfers.

8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsberechnung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.

9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen- und Effekengeschäfte erzielten Gewinne.

10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Abundbes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die Zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu ent-

Aus dem Waldenburg

Rothenbach. Am 9. d. Mts. fand Versammlung von der SPD. Stau. M. Schiller-Landesstütze, der genau dasselbe vormittags in Gablau. Die freie Aus Versammlungsleiter nicht zulassen; der greifen unserer Genossen ist es aber ge erhörte Vorhaben zu verhindern. Und was zu Worte, der den Versuch macht über die russischen Verhältnisse, Konzeption der russischen Revolution für das geben. Auch betonte der Genosse, daß 1 Ausweg aus dem Elend gezeigt hat, in Ausweg zu zeigen. Es meldete sich d Kühn aus Landesstütze zu Worte, der 2 lich ihn aber nicht sprechen, indem er d sach das Schlusswort erteilte. Nach Ed lung haben wir für 45 Mark Marken f in Rußland verkauft.

Rothenbach. Opfer der Arbei verunglückte auf der Abendröthe-Gruf wärier Schreiber aus Landesstütze dabei beim Fördern ein Kamrad der Hapfel ein Stück davon den Schreiber am Kopf selbe sofort tot war. Der über 40 Ja war Vater von drei Kindern.

Rothenbach. Am 6. November jant nis des zu Tode verunglückten Bauers der Gustav-Grube statt. Das Unglück ere daß eine Arbeitstühne, auf der der Vehrhauser stand, nachließ und beide c abstürzten. Bei dem Hauer traf sofort Vehrhauser ist mit Hautabwürfungen was sich dadurch erklären läßt, daß d Kopfe nach unten, der Vehrhauser abe zuerst abgestürzt ist. Selbst der Betrie geben, daß alle Vorsichtsmaßregeln ge. Ja auch der Hauer als sehr zuverlässig am Leben gebliebene Vehrhauser, frag den: Ist es denn wahr, daß wir für 1 verdienen, daß wir eine zu kurze Ar daß wir in der Grube faulenzten? Den daß der Betriebsführer und einige St talen zu uns gekommen sind, zum 2 erschienen sind, während die Belegschaft in Uniform zu erscheinen.

Rothenbach. Von der Abendrö nen wir mitteilen, wie die Arbeiter mehr und mehr herabst werden. Aus Jahresstages der russischen Revolution: wald einen Vortrag über Rußland: über seine persönlichen Erlebnisse da wurden diesbezügliche Anschläge an Gruben gemacht. Auf der Gustav-S hang ungestört hängen, auf der Aber er auf Veranlassung der Direktion jof obwohl er von dem Betriebsrat abge erklärt die Verwaltung von der Abend jertigen Befehlsbefugnissen von Arbeit hofe aushängen können, die vorher: führer vorgelegt worden sind und vo hängen genehmigt werden. Kameraden 9. November 1918 möglich gewesen?

Gablau. Am 9. d. Mts. fand hier einderufene Volksversammlung statt. 2 der neue Parteisekretär Schiller aus La Referat hat er nichts Neues gebracht: der Unruhe der Massen, Trauer um 2 Demokratie und Parlamentarismus. er zu, daß das Proletariat gar keine 2 9. November als Feiertag zu begehen. der Notwendigkeit der Einheitsfront dadurch herzustellen, daß er bei jeder herunterzureißen suchte. So war es de nicht schwer, in der Diskussion den machen, daß nur die Diktatur uns av kann. Der beste Beweis, daß die Ac geben, ist der, daß nach Schluß der Be ren Genossen gelungen ist, einige 5 42 Mark Marken für die Rußlandhilfe

Gottesberg. Zu einer recht im digen Versammlung gefaltete sich d angezogene am Mittwoch, dem 2. d. „Schwarzen Koh“, in der Genosse Al ferent verstand es, die Anwesenden d ständlichen Ausführungen, die er gus, davon zu wozu zeugen, wie notwendig es sei, daß sich die Arbeiter zu- sammenzuschließen müssen und einig sein müssen, um ge- schlossen in den Kampf einzutreten zu können, wenn die Reaktion zum Schläge gegen das Proletariat ausholt. Nur so können wir, wenn die Front des Proletariats durch Einigkeit und festen Zusammenhalt dem Kapitalis- mus entgegentritt, den Sieg erringen und die reaktio- nären, monarchistischen Elemente aus Rußland und Verwal- tung hinausdrängen, dann werden jenseitige Schwach- und Schandurteile, wie sie das Proletariat jetzt durchmachen muß, nicht mehr vorkommen. In der Diskussion sprach Gen. Meiser noch einige Worte, und auch er verstand es, die anwesenden Versammlungsbesucher zu fesseln. Es wurde sogar noch nach der Versammlung ein Wunsch ge- äußert. Das Bemerkenswerte aber von der Sache ist, daß es SPD-Leute waren, die den Wunsch äußerten, Gen. Meiser möge ihnen recht oft eine solche anflarende gute Versammlung am Orte zuteil werden lassen. Man kann sagen, es geht auch hier vorwärts. Darum auf, Pro- letariat, steht und erkenn, wo Euer Platz ist. Arbeiter aller Parteirichtungen! Ist der Platz an der Seite der Führer, die Euch an Eines verraten wollen, oder ist der Platz an der Seite des kämpfenden Proletariats? Die Zahl wird nicht schwer sein.

Aus der Provinz

Volksversammlung im Riesengebirge

Am Sonntag, dem 5. November, fand in Bangen- biela eine öffentliche Volksversammlung der SPD. statt. Genosse Klein referierte über: „Die Gegenrevolution in der schließlichen Verfassung und Politik“. Er leitete

mit Maschinengepöschern und Klammernversern aufgeboren? Die Reichswehr, Sipo, Orgech, Stahlhelm, Stöbtinge des Kapitals, Czikiere, Bourgeoischöndchen und Studenten unter der glorreichen Führung der bewährten wilhelminischen Soldaten- helden? Wer verteuert das Brot und die Kartoffeln? Die Junker, immer noch Könige auf ihren Aeselenbüchseisen! Wer legt die Betriebe still und wirft die Arbeiter auf Pflaster oder bestet sie in sieberhafte ungemessene Arbeit Tag und Nacht, je nach der Konjunktur? Wer verweigert der Arbeiterin und dem Arbeiter einen zum nackten Leben ausreichenden Lohn und „verbleibt“ selbst Millionen? Die Unternehmer, heute immer noch, und mehr als zuvor, Herren im Hause! Wer wirbt reich an der Spekulation auf den Fall des Markturtes, an dem die Proletariat zugrunde gehen? Die Bankiers und Börsenjobber! Und wer fabriziert die Geleise, wonach alle diese Ungeheuerlich- keiten zu Recht bestehen? Die Parlamente, betrügerisch Volks- vertretungen genannt, in Wirklichkeit nichts anderes als die Interessensvertretungen der Kapitalisten und derer, die sich als Diener von ihnen haben kaufen lassen.

Gätten wirklich die proletarischen Frauen und ihre Klassen- genossen durch die Revolution die Macht in die Hände ge- nommen und hätten sie sie zu benutzen verstanden, wo wären heute Junker, Unternehmer, Bankiers, Klassenrichter, Offiziere, Pfaffen? Zum Teufel hätte sie das Proletariat sagen müssen! Wenn Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land die Acker und Betriebe in ihren Besitz genommen, sie nach einem ver- nünftigen Plan gemeinsam verwaltet hätten, dann hätten alle Arbeit genug und keiner zu viel, dann hätten aber auch alle Essen und Trinken, Kleider und Schuhe, Haus und Hof zum Leben, und es würde auch für die Arbeitsunfähigen, Kinder, Alte, Kranke, Kriegsinvaliden auslangen.

Für diese großen Unterlassungsünden der November- revolution büßen seit drei Jahren, und heute stärker als je, die Frauen des Proletariats gemeinsam mit ihrer ganzen Klasse. Darum zahlen sie Milliarden für ihre eigenen Juchtmesser und Henker, Sipo und Orgech und ihre Bundesbrüder, Richter und die Pfaffen.

Darum ist kein Geld da für den Bau gesunder Wohnungen, für Mütter- und Kinderheime, für unentgeltliche Entbindungs- anstalten, für wirkliche Bildungs- und Erziehungsstätten für alle Kinder, für Krankenhäuser und Altersheime!

Darum lam der Steuerzehnte, und kommen die ungeheuren indirekten Steuern auf Mele und Kohle, Zucker und Spiritus, Tabak und Bier für die Arbeiterklasse, und der Steuerzuschub und die Steuerhinterziehung für die Reichen.

Darum der Raub des Achtundtags, die Aufhebung des Arbeitermehrschusses, die Herabdrückung der Löhne, die Brot- verteuern, der Kartellwucher, die Verschandelung des Geb- amengesetzes, die Karikatur einer Reichswachenhilfe, die Brot- losmachung der Beamten mit dem unehelichen Kind, die Sabo- tage der Einheitsfront, die Ausnahmegeetze, Versammlungs- und Zeitungsverbote gegen die Klassenbewußte Arbeiterklasse.

Eine Hinrichtung!

Von Martin Andersen-Nexo.

An einem regnerischen Sommertag — es ist jetzt etwa zehn Jahre her, rollten wir mit dem Wagen nach einem östlichen Bauernhof hinaus, wo wir unsere Sommerferien verleben wollten.

Der erste, auf den unser Auge bei der Ankunft fiel, war Kaszime, ein großes, schmieriges Franzenszimmer. Sie arbeitete draußen in den Häubereihen, schwer und schmig wie das Erd- reich, aus dem sie aufzogte.

Ganz schorrig war sie — und unzusammengesetzt in Formen und Linien. Sie glich einer Figur, wie ein Spielendes Kind sie aus leuchtender, flebriger Erde formt. Nur eine Kinder- phantasie konnte darauf verfallen, einen Menschen aus so primitivem Stoff zu schaffen — und den göttlichen Einfall haben, daß sie immer vergnügt sein sollte.

Nach damals lachte sie — trotzdem der Regen an ihr herab- stieß und eine traurige Verheerung in all dem Schmutz an- richtete, den die Zeit auf ihr abgelagert hatte. Ihr Gesicht glich einer weitergerammten Erdrinde bei plötzlich eintretendem Tauwetter. Und diese Erdrinde lachte.

Ihr geistiger Standpunkt deutete sich ganz mit dem unseres zweijährigen Mädchens; und dem Kinde galt denn auch Kaszime's erstes Lächeln. Die beiden fanden einander sofort und waren jener zusammenzutreffen, so oft Kaszime eine kleine Kluft hatte. Stundenlang gingen sie selbänder Hand in Hand und beschäftigten sich eintätig mit den elementarsten Lebens- funktionen, wobei die Hosen der Kleinen den Ausgangspunkt bildeten.

„Tulle hem' nicht naßgemacht“, sagte die Kleine.

Kann es eine größere Tragödie geben? Stimmes und Konfession brauchen doch bloß die Sozialdemokratie als Mittel zum Zweck, um die Arbeiterklasse besser und für sie gefährlicher zu machen. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse gegen solche Manöver geschlossene Front macht. Will die Arbeiterklasse sich nicht selbst aufgeben, und dazu hat sie gar keine Ursache, so muß sie die Ein- heitsfront herstellen, selbst über die Köpfe ihrer refor- mistischen Führer hinweg. Die Kommunisten sind immer bereit, mit der Sozialdemokratie zu gehen, wenn ehrliche Arbeiterpolitik getrieben wird.

In der darauf folgenden Diskussion fiel folgende Re- sultation aus der Mitte der Versammlung ein:

Die am 5. November in Langenbielan tagende öffentliche Versammlung legt den schärfsten Protest ein gegen das Verbot der öffentlichen Sammlungsstätigkeit für das durch Hunger in größte Not getatene proletarische Rußland durch den schließlichen Oberpräsidenten. Wenn für nationalpolitische und andere Zwecke öffent- liche Sammlungen gestattet werden, so ist die Sammlung für Sowjetrußland, die ein Gebot der Menschlichkeit ist, schon aus Gründen der Gerechtigkeit auf jeden Fall zu gestatten.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Dann meldete sich ein alter Arbeiter zum Wort. Er ver- trat die Meinung, daß sich das Proletariat unter allen Umständen einigen muß. Denn nur so kann es der immer stärker werdenden Reaktion Herr werden. Er verurteilte schon die Schlichter Lattü der SPD. Er war der Ansicht, daß sich ein Weg finden lassen muß, auf dem die drei Arbeiterparteien geschlossen gegen die Reaktion vorgehen können. Dann forderte er die Anwesenden auf, dafür einzutreten, daß bei der Feier des 9. November Arbeiter aller drei Arbeiterparteien zu Wort kommen sollen. Ein

Und diese Kette der Leiden und Verböhmungen der Arbeiter- frauen wird weiter abrollen, bis die Frauen sich entschließen, das nachzuholen, was sie und die ganze Arbeiterklasse vor drei Jahren veräußert. Bis sie sich nicht mehr mit der Phrase der Geldberechtigung aller Staatsbürger, auch der Frauen, ab- speisen lassen, bis sie das Recht, das Recht der Unterdrückten auf Befreiung, selbst in ihre starken Hände nehmen und dem Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern folgen, die vor vier Jahren den Weg der proletarischen Revolution kühn beschritten. Das Werk, das ihre russischen Schwestern aufopfernd begannen und unter unendlichen Mühsalen gegen eine Welt von Feinden aufrechterhalten haben, die Befreiung der Arbeiterin von Aus- beutung und Knechtschaft, der Schutz und die Fürsorge für Mutter und Kind, die Mitarbeit am Aufbau des Arbeiterstaates, die Proletarierinnen Deutschlands müssen es fortsetzen und vollenden. H. St.

Die Befreiung der Frau.

Es ist eine wenig erfreuliche Tatsache, daß die Frau mit ihrer Verheiratung meist ihre Selbständigkeit begräbt und daß sie — natürlich nicht aus Selbstsucht, sondern im Gegenteil aus Herzensgüte — sehr bald in den Sorgen ihrer Familie auf- geht und ihre persönlichen, geistigen Interessen vollständig vergißt.

Die Frau sollte aber nicht nur in ihrem eigenen persön- lichen Interesse, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit nach Selbständigkeit streben. Als Mädchen hatte sie doch sehr oft freiheliche Gedanken und Bestrebungen; als die Ehe kam, da wurden die Träume der Freiheit weggeblasen. Es ist ja auch kein Wunder. Selbst der Mann die treibende Kraft in der Geschichte ist, wird die Frau für die Familienklaverei befristet. Nach mehr als tausendjähriger Erziehung nach dieser Richtung kennt das Durchschnittswelt nichts Erfreuenderes als die Ehe. Die Puppe ist des kleinen Mädchens erstes Spiel- zeug, und wenn es heranwächst, wird es mit Nodelappen ge- ziert und zum Affen erzogen. Dann kommt die Geschlechtsreife und das Denken an den Mann. Dabei ist bei diesen Gedanken immer das Endziel die Ehe. Blind und taub in seinem Wahn überlegt das Mädchen nicht, daß mit der Ehe des Lebens Kämpfe und Sorgen erst recht beginnen. Es denkt an die Romane, mit denen ihr Geist gefüttert wurde und in denen die Ehe immer als Eingang ins irdische Paradies geschildert wird. Der Wunsch, Versorgte zu sein, läßt das Mädchen darauf verzichten, nach persönlicher Selbständigkeit zu streben und jedes Selbstvertrauen erlöscht ihr als unnützer Ballast. Bringt sie Ideale mit in die Ehe, so sind es Scheinideale, Dugend- ideale, nichts Echtes, nichts Fortbiges.

So ist das Resultat dann ein haltloses, oberflächliches, großartiges Leben. Die Hittertwochen zerrinnen in der best- losen Klasse sehr schnell und dann kommt das Erwachen und

„Hest dir de Hosen nicht naßgemacht, Kaszime?“ erwiderte Kaszime zärtlich. Das war die Unterhaltung der Weiden.

Als erwachsene, gebildete Menschen hatten wir ja unsere Bedenken. Aber es war nicht leicht einzuschreiten, wenn man wußte, daß ringsum in verschiedenen Armeeleutheiten sechs Kinder lebten, denen Kaszime den Mutterstich hatte geben dürfen, aber nicht das Mutterherz. Sechs hatte sie selber, und doch bestand ihre einzige Freude darin, daß sie von Zeit zu Zeit unserer Kleinen trockene Sachen anziehen durfte.

Ihre eigenen Kinder bekam sie nie zu sehen; es war ein weiter Weg zu ihnen hinaus, und Kaszime legte sich gehörig ins Geschirr. Wenn Knechte und Mägde nach dembigiten Tagelohn singen und einander umschlingend am Getreide em- lang dahin schlenderten, dann hatte Kaszime meist noch dieses oder jenes zu tun. Sonst saß sie und spann und strickte für ihre Kleinen; nach den Strumpfmassen, die man ihr schickte, konnte sie sich ausrechnen, wie groß die Kinder mit der Zeit wurden.

Jens Peter aus dem Wiesenland war dreißig Jahre älter als Kaszime. Ursprünglich war ja auch sein Sohn ihr Schatz gewesen. Aber der beschwand über's Meer, als Kaszime ihm vier Kinder geboren hatte und sein ganzer Lohn allmählich für ihren Unterhalt drauving. Jens Peter schämte sich der Schwelgieit des Sohnes; er machte des Burischen Bergehen wieder gut und nahm sie zur Braut vor Gott und Menschen.

Er war ein schlauer Kopf, wußte unter den Kameraden gut um sich zu beissen und besaß eine wunderbare Sicherheit gegenüber allem Belannten. Wollte jemand mit Bezug auf Kaszime anzüglich werden — Jens Peter konnte ihm More's lehren. Aber sobald etwas Unbekanntes auftauchte, rollte er sich zusammen und wurde zum Nitstrauen selbst. Er hatte eine ganz drollige Angst vor allem Geschriebenen; niemand

Zeit, mit allen Mitteln die Gewerkschaften zu zwingen, auch das Geforderte durchzusetzen. Aber ohne Ruhhandel wird es auch diesmal nicht abgehen, und die Leidtragenden werden wieder die Arbeiter sein.

Weigelsdorf. Im „Proletariat aus dem Riesengebirge“ entwirft sich ein „Genosse“ über unseren Bericht über die Denk- malsteinweihung in Weigelsdorf. „Mehrere Arbeiter“ erklären ungerne Bericht für geschällig und unwahr, geben aber dann selbst zu, daß die Denkmalsteiner keine parteiische, sondern eine allgemeine Ortsfeier war. Deshalb habe die SPD. ihre rote Fahne nicht mitgebracht. Diese Arbeiter bestreiten aber nicht, daß der Kriegerverein mit schwarz-weiß-roter Fahne ange- treten sei. Die SPD-Arbeiter sind also der Meinung, daß die Fahne der Monarchisten nicht parteiisch sei und das Empfinden der Teilnehmer nicht fört. Wir sind der Meinung, daß selbst wenn der Kriegerverein mit einer schwarz-weiß-roten Fahne angetreten wäre, die SPD-Arbeiter die Pflicht gehabt hätten, ihre rote Fahne mitzubringen. Das „Schamgefühl“ war aber auf Seiten der Arbeiter, während die Monarchisten dreißig und gottschuldig ihren monarchistischen Lappen entfalteten.

Wer Wichtiges weiß über die Rüstungen über das Treiben der „Selbstschutz- organisationen“, melde sich auf der Redaktion der „Schließlichen Arbeiterzeitung“. Unkosten werden vergütet.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janss, Berlin. Verlag: Carl H. Schöler, Berlin. Druck: Friedrichshagen, Berlin. 1918.

UNG

ten Internationale)

Die bestmögliche Millimeterzelle oder deren 1/2, 0,20 Mill. Stellen- und Wohnungsgebäude, ins- und Bestimmungszwecken 0,40 Mill. meterzelle, Bestmöglichen oder deren Raum in Text 3.- Mill.

ipfe.

i der Reichsversicherungsanstalt. Der Reichsversicherungsanstalt für An- November zur Durchführung und II an. Von zahlreichen anderen Ver- atthekundgebungen ein.

ionen bei Siemens. Im Wertver- ke wurden die gesamten Vertrauens- ristiklos entlassen, da sie zu der Demön- der Listen hatten zirkulieren lassen, hmer einzeichnen sollten. Der Arbei- eine Zustimmung zu der Entlassung, Abteilungen lobten aus Solidarität a Nachmittage des 10. November ver- Arbeiter zu einer gewaltigen Protest- in Gewaltstreik der Direktion. Auf aktionsvertreter wurde beschlossen, die r aufzunehmen. Sollte die Direktion jahme der Entlassungen verweigern, Belegschaft die Arbeit niederlegen. Metallarbeiter- und Fabrikarbeiter- sich mit diesem Standpunkt der Ver- den.

m Bergbau. Die vier Bergarbeiter- an den Reichsverband der deutschen e Bergbau, erwarbt und um Lohn- n gesamten Bergbau nachgesucht. Thermometerindustrie in den Orten oda, Gera (S.-G.), Arlesberg, Angel- Egersburg und Roda sind wegen ven Streik getreten.

fabriken. Die Beschäftigten des Be- rn eine Wirtschaftsbeihilfe von 300

n die Metallarbeiter in einer Bewe- höherer Stundenlohn.

ten thwerte.

Regierung- und dem Reichstag zur Er- machungsleistungen und zum Ausgleich s des Reiches die beschleunigte Beschluß- eschgeberische Maßnahmen:

ig des Reiches an den Sach- gesellschaften haben 25 Prozent ihres Reich zu übertragen. Die kleineren gen und die Landwirtschaft sind durch ägnisse der Veränderung des Geldwertes er Höhe zu belassen.

2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmen mit dem Ziele, sie in kürzester Frist wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exporteisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnatpfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrag zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umfassbarkeit ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Schärfe Besteuerung der durch Devisen- und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Abundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die Zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu ents- setzen.

hörten Härten. Aber über alle Not hebt die Kampferrinnen immer neu die frohe Gewißheit der Werdenben.

Jute-Arbeiter und -Arbeiterinnen in Bremen.

Sehr gewundert hat es mich, wie in einer hier stattgefun- denen kommunistischen Versammlung polnische Arbeiter und Arbeiterinnen sich getroffen fühlten bei dem Geißeln der polni- schen Regierung und der WPS. In ihrem Verhalten der polni- schen Sowjetregierung gegenüber. Wie können diese prolet- tariischen Frauen mit die Interessen der reaktionär bürger- lichen Regierung für ihre eigenen halten? Sehen wir uns nur einmal die Wohnverhältnisse in der Fabrikstraße an; ich sah da eine kleine Küche von zwei Familien (8 Personen) benutzt, in dem einen Zimmer: Mann, Frau und 3 Kinder, in dem zweiten Zimmer eine Arbeiterin mit 2 Kindern. Aus dem fensterlosen Küchenschrauf schaut grenzenlose Leere nicht nur an Schwären, sondern auch an Gebrauchsgegenständen; ein heftig- loser Tassenlopf, eine Emailkassette mit ein paar geschälten Kartoffeln! Mir war es ein Rätsel, wie die Mahlzzeiten mit solch primitiven Mitteln da vor sich gehen. Dazu die Frau lungenkrank. Im Zimmer waren zwei 1 1/2 schläfrige Betten, in dem einen schlief der Mann mit den Kindern; da die Frau schon ein Vierteljahr bettlägerig war, mußte man das zweite Bett ihr allein überlassen. Ich kam gerade dazu, wie der Mann das Bett machte. Keine Matratze, sondern auf Brettern lagen Papierbündel und mehr Lumpen wie Betten. Ein Tisch, zwei Stühle, einige Kisten machten das Mobiliar der Stube aus. Da verlebten werteschaffende Proletarier ihre Feiertage. In dem zweiten Zimmer die beiden Kinder allein zu Hause, ungewaschen, ungeräumt, das eine schon schulpflichtig; aber die Mütter müssen ja auf Arbeit, damit Kapitalisten herrlich und in Freuden leben können. Wenn man einmal in die Haushaltungen der Reichen geschaut und gesehen hat, wie schon das Leben für Kapitalisten ist, begreift man nicht, daß nicht alle Proletarier auch Klassenkämpfer sind und die bürgerliche nationalistische Propaganda nicht durchschauen, die doch nur ein Ver- dummungsmittel ist.

Eleganz auf anderer Leute Kosten.

Komme ich da Sonntags zu einer bekannten Heimarbeiterta und treffe sie fleißig beim Einkaufen eines wunderbaren grünen Kleides. Auf mein Befragen teilt sie mir mit, daß sie es für eine Nachbarin sticht, die das Kleid für eine „Dame“ nähren soll. Bald darauf kommt die Näherin, um zu sehen, wie es wird und ob die Stickerei auch bis Sonntag noch fertig wird. Am Montag muß sie wieder hin zu der Herrschaft und das Kleid fertig machen. Am Dienstag fährt die Dame mit Tochter noch auf mehrere Wochen ins Bad. Auf meine Nachfrage erzählt die

Familien gedient. Sie hatte gewaschen, gemolten, Grütze ge- tocht, geschneit, auf die Kinder aufgeschaut, und nirgendwo war es dem Bauer und der Bäuerin eingefallen, Anstoß an ihr zu nehmen und ihr aus Furcht vor geistiger Ansteckung die Arbeit zu kündigen. Sie war groß, stark und anspruchslos — es lohnte sich, sie zu behalten. Man vertraute ihr denn auch sehr bald mehr an als anderen; sie mußte arbeiten, wenn die anderen ausruhten, und Dinge anpacken, die sonst niemand anrühren wollte.

Doch als sie und Jens Peter zusammenzogen, um in ge- ordnete Verhältnisse zu kommen und sich und den Kindern ein bescheidenes Heim zu schaffen, wurde es den Leuten doch zu viel. Daß sie die Kinder hatten, mochte hingehen. So etwas kam vor, besonders in den unteren Schichten; und ein Erlen- schande dazutun, sie als Tugend und Anstand auszugeben, das wollte man ihr und Jens Peter denn doch nicht gestatten. Rasmine war im Schmutz und hatte darin zu bleiben — auch weil einer das auf sich nehmen muß, woran kein anderer rühren mag. Und am liebsten muß es einer sein, an dem man es nicht zu sehr sieht.

Wie es nun auch kommen mochte — das Vergernis tauchte plötzlich auf. Es war nicht leicht, zu erspüren, von wem es ausging, aber es verbreitete sich schneller als die Post. Und eines Tages erfolgte die Anzeige an die Behörde wegen au- fälligen Konsums — im heiligen Namen der Kinder.

Rasmine und Jens Peter begriffen kein Sterbenswörtchen von alledem. Aus Rücksicht auf die Kinder hatten sie gehandelt, für sie lebten und amelten sie; nach largem Vermögen gaben sie ihnen, gaben ihnen alles. Es fiel ihnen nicht ein, daß darin etwas verkehrt sein könnte. Aber sie merkten, wie es um sie herum schwelte, und ihr Tun und Treiben wurde unheil. Sie erinnerten an Wesen, die sich aus dem Walde hinausgewagt

mit diesem die Entscheidung, denn jetzt erscheint der dreifache Unterdrücker des Weibes.

Der Staat mit seinen uralten Gesetzen, der der verheirateten Frau keine Rechte zugesieht und sie wegen jeder Lappalie unter die Vormundschaft ihres Ehegatten stellt, der Kapitalis- mus, der die Frau schlechter entlohnt als den Mann und als brutaler der eigene Ehemann, der wohl für sein Geschlecht die Aufhebung jeder Unterdrückung erkämpft, aber in seinen eigenen vier Wänden rücksichtslos den Geblüter und Herrscher spielt.

Langsam dümmerte es im Gehirn dieses dreifach enter- drückten menschlichen Wesens. Ist die Frau von weicher, sanfter Gemütsart, so gibt sie langsam nach, wird zermürbt, zu Boden geworfen, ihre Seele wird erschlagen. Ist die Frau aber energisch und entschlossen, so beginnt ein jahrelanger Kampf. Dann erweckt das revolutionäre Weib, dem fürchterliche Seelen- kämpfe bevorstehen. Die Frau beginnt jene Gesetze, die für sie ein Faustschlag ins Gesicht sind, zu verletzen und setzt sich über sie hinweg.

Sie arbeitet daran, den gleichen Verdienst wie der Mann zu haben will demnach die gleichen Bildungsmöglichkeiten. Sie beansprucht den Verdienst für sich selbst und ihre persönlichen Bedürfnisse. Sie leidet dem brutal fordernden Geschlechtstriebe ihres Lebensgefährten das Naturgesetz entgegen, welches heißt, daß jeder Liebesakt durch Verben, durch Zusammenschließen von Herzens- und Sinnesliebe vorbereitet wird. Sie arbeitet intensiv an sich selbst und dann melden sich die Gegner, die Feinde, denn jeder, der Staat, der Arbeitgeber, der Ehegatte empfinden die selbständige Frau als unbequem und vereint arbeiten sie dem ringenden Weibe entgegen, nicht nur der Proletarierin, sondern auch der bürgerlichen Frau, deren Emanzipationsbestrebungen schon auf eine jahrzehntelange Exaltation und auf immerhin nennenswerte Erfolge zurück- blicken können, während die proletarische Frauenbewegung noch sehr jung und verhältnismäßig schwach, d. h. noch ohne positive Resultate ist. Was aber die stärkste Hemmung im Freiheitskampfe der Frau darstellt, das ist die mangelhaft ent- wickelte Solidarität der Frauen, die sich nur aus der bisherigen Einstellung auf Mann und Familie erklärt. Eine selbständige, nach innerer und äußerer Freiheit strebende Frau hat nämlich als Gegner noch die eigenen Geschlechtsgenossinnen, welche, weil sie selbst schwach und haltlos sind, es nicht ertragen, daß eine ihrer Schwestern sich durchringt zu höheren Daseinsformen und reicheren Entwicklungsmöglichkeiten.

So ergibt sich ein täglicher, ja ständlicher Kleinriegel für das bereits Mensch werdende Weib, ein Kampf, der um so auf- regender ist, als er meist bei völliger Isolierung der an ihre Handwerkskunst gebundenen Frau vor sich geht und gar kein Ende absehen läßt, solange nicht unter Auflösung der Familien- gemeinschaft die Frau ein vollwertiges Mitglied der großen Arbeitergemeinschaft geworden ist, die wir „Gesellschaft“ nennen. Wir stehen in einem Ubergangsstadium mit uner-

hätte ihn dazu bewegen können, eines meiner Manuskripte an- zurühren. Die Obrigkeit war Teufelswerk. „Sie ist nur dazu da, damit sie uns keine Leute zugrunde richtet“, sagte er. Wie alle Armen ließ er schlimmstenfalls lieber alles Unglück über sich ergehen, als daß er sie zu Hilfe zief.

Er war ein rüstiger Durche trotz seinen fünfundsiebzig Jahren und fand bei der Arbeit hinter seinem zurück. In späten Sommerabenden, wenn der ganze Hof ausruhte und ich bei meiner Arbeit saß, kam er am Felde entlang heran und „senferte“ so glatt, als wär er zwanzig Jahre alt gewesen.

Die beiden beschäftigten sich dauernd mit dem Gedanken an ein Zusammenleben und erörterten das mit mir. „Dann könnten wir die Kinder nach Hause nehmen, so nach und nach, wie's die Verhältnisse erlauben, und — ja, das könnte recht schön werden“, meinte Jens Peter. „Aber keine Bedenken hatte er allerdings. „Rasmine hat weiß Gott einen guten Körper“, sagte er, um zu zeigen, daß die Bedenken nicht fleisch- licher Art waren, „aber sie hat keinen guten Kopf.“ Der Er- ziehung der Kinder galt seine Sorge. „Aber's Arbeiten kann sie ihnen, der Teufel soll mich holen, sicher beibringen, und das kann keinem was schaden.“

Das Ergebnis der Ueberlegungen war schließlich, daß sie sich ein Nest schufen. Jens Peter kaufte eine kleine Hütte in den Wiesen, und sie heirateten: zogen zusammen. Die Kinder kamen nach Hause, und Rasmine und Jens Peter lehrten sie das Beste, darum sie wußten: Hand anzulegen. Die Kleinen schienen fast zur Arbeit geboren zu sein, jedenfalls nahmen sie gut Lehre an. Seit sie kriechen konnten, halfen sie bei der Rüben- und Kartoffelarbeit rings um den Höfen. „Unserer ist beinahe ein richtiger Arbeitgeber“, sagte Jens Peter und überschaut die Schar.

In der Gegend war die grundtvigianische Frömmigkeit verbreitet, und Rasmine hatte in lauter guten, christlichen

Die Firma Benz in Mannheim hat vor acht Tagen die gesamte Belegschaft von 3500 Mann ausgesperrt, angeblich, weil diese gegen unberechtigte Eingriffe von Direktionsbeamten in schwebende Lohn- und Akkordverhandlungen vor dem Direktionengebäude demonstrierte. Wie die Firma erklärt, soll diese Aussperrung mit den Lohnverhandlungen nichts zu tun haben, sondern lediglich eine Maßregel zur Aufrechterhaltung der „Ordnung und Disziplin“ sein. In Wirklichkeit wollen die Unternehmer damit offensichtlich das Beispiel der Schichauwerk in Elbing nachahmen. Die Arbeiterchaft soll durch diese Aus- ssperrung zermürbt und angezweifelt werden, um ihr auf diese Art das Rückgrat für alle kommenden Lohnbewegungen zu brechen. Der Streik wird geschlossen weitergeführt. Eine Soli- daritätsaktion der gesamten Mannheimer Arbeiterschaft ist ein- geleitet.

Streiks und Lohnbewegung in Essen und Dortmund.

Essen, 17. November.

Am Sonntag, den 12., haben die Arbeiter der Grupp- werke die Forderung auf Gewährung einer einmaligen Feuerzuzulage in der Höhe des Monatsverdienstes gestellt und im Richterfüllungssaal mit dem Streit ab Montag früh gebröhrt. Um auf die sofort ausgenommenen Verhandlungen einen Druck auszuüben, demonstrieren etwa 10000 Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude. Zu einem Streit ist es am Montag vormittag noch nicht gekommen, weil die Verhand- lungen über die Bewilligung der Feuerzuzulage am Non- tag fortgesetzt wurden.

In Dortmund haben die Heizer und Maschinenisten be- schlossen, den Streik fortzusetzen. Infolgedessen haben die großen Metallwerke der „Union“, der „Koten Erde“ und Hösch die Betriebe geschlossen. 18000 Mann stehen im Kampf. Die Kohlarbeiter werden von Be- amten und Richtern verrichtet. Die Werke sind von der Schutz- polizei besetzt.

den Finanzelend des Reiches und der damit verbundenen un- erträglichen Feuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr unbedinglich ein- gefordertes Eingreifen verlangt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschafts- und Produktions- problem ist, halten die Gewerkschaften angesichts der fort- schreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche Neuordnung für unumgänglich notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zwecke der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Verwindung des Krieges wiedererstarften Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspannen. Die Stilllegung der Noten- presse, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen an die Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirt- schaftlichkeit der Reichsbetriebe einer Nach- prüfung zu unterziehen. Unter unabdingender Ablehnung aller Versuche einer Ueberführung der Eisenbahn oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Reife des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Bevormundung zu be- freien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu ge- stalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch privat- kapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnfinan- zgesetz Sicherungen vorgeesehen werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend fordern die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Na-

Aus dem Waldenburg

Rothenbach. Am 9. d. Mts. fand Versammlung von der SPD. statt. Al Schiller-Landeshut, der genau dasselbe vormittags in Gablan. Die freie Aus Versammlungsleiter nicht zulassen; bei greifen unserer Genossen ist es aber ge erhörte Vorhaben zu verhindern. Und wald zu Worte, der den Versuch macht über die russischen Verhältnisse, Konze sion der russischen Revolution für das geben. Auch betonte der Genosse, daß i Ausweg aus dem Elend gezeigt hat, u Ausweg zu zeigen. Es meldete sich d Stühn aus Landeshut zu Worte, der l lieb ihn aber nicht sprechen, indem er d sach das Schlüsselwort erteilte. Nach Ed lung haben wir für 45 Mark Marken f in Rußland verkauft.

Rothenbach. Opfer der Arbei verunglückte auf der Abendröthe-Grul wärter Schreiber aus Landeshut dabei beim Fördern ein Kamrad der Hapsel ein Stück davon den Schreiber am Kop selbe sofort tot war. Der über 40 Jo war Vater von drei Kindern.

Rothenbach. Am 6. November jam nis des zu Tode verunglückten Hauers der Gustav-Grube statt. Das Unglück er daß eine Arbeitsbühne, auf der der Lehrhauer stand, nachließ und beide e abstürzten. Bei dem Hauer trat sofort Lehrhauer ist mit Hautabwürfungen was sich dadurch erklären läßt, daß d Kopfe nach unten, der Lehrhauer abe zuerst abgestürzt ist. Selbst der Betrie geben, daß alle Vorsichtsmaßregeln ge ja auch der Hauer als sehr zuverlässig am Leben gebliebene Lehrhauer, frag den: Ist es denn wahr, daß wir für i verdienen, daß wir eine zu kurze Ari daß wir in der Grube faulenzten? Den daß der Betriebsführer und einige St fatalen zu uns gekommen sind, zum 2 erschienen sind, während die Belegscha in Uniform zu erscheinen.

Rothenbach. Von der Abendröt nen wir mitteilen, wie die Arbeiter mehr und mehr beraubt werden. Au Jahresfestes der russischen Revolution; wald einen Vortrag über Rußland über seine persönlichen Ergebnisse do wurden diesbezügliche Ansätze an Gruben angemacht. Auf der Gustav-G hang ungehörig hängen, auf der Aber er auf Veranlassung der Direktion sof obwohl er von dem Betriebsrat abge erklärt die Verhaftung von der Abend jernigen Besamtmachungen von Arbeit hose aushängen können, die vorher : führer vorgelegt worden sind und vo hängen genehmigt werden. Kameraden 9. November 1918 möglich gewesen?

Gablan. Am 9. d. Mts. fand hier einberufene Volksversammlung statt. 9 der neue Parteisekretär Schiller aus La Referat hat er nichts Neues gebracht: der Unruhe der Massen, Trauer um L Demokratie und Parlamentarismus. er zu, daß das Proletariat gar keine 9. November als Feiertag zu begehen. der Notwendigkeit der Einheitsfront dadurch herzustellen, daß er bei jeder herunterzureißen suchte. So war es de nicht schwer, in der Diskussion den machen, daß nur die Diktatur uns a kann. Der beste Beweis, daß die A geben, ist der, daß nach Schluß der Be ren Genossen gelungen ist, einige 42 Mark Marken für die Rußlandhilfe

Gottesberg. In einer recht im digen Versammlung gestalte sich d angelegte am Mittwoch, dem 2. d. „Schwarzen Roth“, in der Genosse Al ferent verstand es, die Anwesenden d ständlichen Ausführungen, die er gar, davon zu urte zungen, wie notwendig es sei, daß sich die Arbeiter zu jammenschließen müssen und einig sein müssen, um ge schlossen in den Kampf eintreten zu können, wenn die Reaktion zum Schlage gegen das Proletariat, ausholt. Nur so können wir, wenn die Front des Proletariats durch Einigkeit und festen Zusammenschluß dem Kapita lismus entgegentritt, den Sieg erringen und die reaktio nären, monarchistischen Elemente aus Ruß und Verwal tung hinausbesorgen, dann werden solche Schmach- und Schandurteile, wie sie das Proletariat jetzt durchmachen muß, nicht mehr vorkommen. In der Diskussion sprach Gen. Kehler noch einige Worte, und auch er verstand es, die anwesenden Versammlungsbesucher zu jesseln. Es wurde sogar noch nach der Versammlung ein Banich ge angert. Das Bemerkenswerte aber von der Sache ist, daß es SPD-Lente waren, die den Banich anfertigen, Gen. Kehler möge ihnen recht oft eine solche anstößende gute Versammlung am Orte jald werden lassen. Man kann sagen, es geht auch hier vorwärts. Darum auf, Pro letariat, jetzt und erlaubt, wo Euer Platz ist. Arbeiter aller Parteirichtungen! Ist der Platz an der Seite der Führer, die Euch an Stines verraten wollen, oder ist der Platz an der Seite des kämpfenden Proletariats? Die Wahl wird nicht schwer sein.

Aus der Provinz.

Kommunismus im Riesengebirge.

Am Sonnabend, dem 5. November, fand in Langen biala eine öffentliche Volksversammlung der SPD. statt. Genosse Klein referierte über: „Die Gegenrevolution in der schlesischen Verwaltung und Politik“. Er leitete

Nachbarin, daß sie viel zu diesen Leuten geht und pro Stunde 2 M. bekommt. Nun höre ich klammern, wie reiche Damen zu eleganten Toiletten kommen. Das wird so gemacht: Die Ma dame geht in erstklassige Geschäfte, läßt sich die neuesten Kleider zur Ansicht jchiden, unsere proletarische Näherin (Mutter von 9 Kindern) muß ein Muster danach schneiden, sogar das Muster der Stickerei wird durchgezeichnet, dieselben Farben (die Zu sammenstellung war ja so schön) genommen und das Ergebnis: die reiche Dame aus Probenhausen hat ein im Geschäft 1100 Mark kostendes Kleid für nur ungefähr 500 M. Der Laden inhaber muß nachher die Kleider als nicht gefallend wieder ab hohlen lassen. — Arbeiterinnen müssen nun auf ihre Kosten so etwas mitmachen. Eine Arbeiterin würde sich eine solche Unverschämtheit einem Ladeninhaber gegenüber nicht erlauben.

Die russische Arbeiterin in der Universität.

Mein Vater und meine Mutter waren Arbeiter. Ich selbst habe schon von früh auf arbeiten müssen. Ehe ich in den Betrieb ging, mußte ich meine sieben kleinen Geschwister pflegen und versorgen, während die Mutter im Betrieb stand. Zum Lernen war natürlich keine Zeit und auch kein Geld und doch hätte ich so gerne gewußt, was in all den Büchern stand. Ich hat und flehte den Vater so lange, mich doch etwas unterrichten zu lassen, daß er sich meiner erbarmte und mich in die Schule schickte. Da wurde der Mutter noch ein Kind geboren und mein schöner Traum zerrann. — Ich mußte das Kleine pflegen. — So vergingen die Jahre, ich wurde 17 Jahre alt und mußte in den Betrieb. Vier Jahre lang stand ich als Weberin am Stuhl. Ich versuchte es, Abendkurse zu besuchen, aber nach einem jehntägigen Arbeitstag den weiten Weg zu machen, fiel mir zu schwer. Ich mußte mein Vorhaben aufgeben. Nach der Oktoberrevolution wurde an der Moskauer Universität eine Arbeiterfakultät eröffnet. Hier ist der Unterricht so eingestellt, daß dem Arbeiter die schwere geistige Arbeit nicht zu schwer fällt. Er lernt hier alles während des Unterrichts. Hand in Hand mit der Theorie geht die Praxis. Wenn wir eine Vorlesung über Physik oder Chemie gehört haben, so machen wir in den Laboratorien, die uns allen offen stehen, Experimente. Selbstverständlich ist der Unterricht hier unentgeltlich. Man bekommt außerdem noch eine materielle Unterstützung, wenn man die Universität besucht. Der seinen Beruf aufgibt, findet hier volle Verpflegung. In unserer Arbeiterfakultät geht die Arbeit besser als an der Universität. Während die Studenten dort bei zu starker Hitze den Unterricht verfehlen, lassen wir uns durch nichts abhalten. In diesem Sommer sind die Hörer und die Lehrer in den Wald gefahren, haben Holz ge sägt und es auf kleinen Wägelchen in die Universität gebracht. Unsere Universität entwickelt sich auch deshalb so gut, weil an der Spitze ein Kommunist steht, der seine Arbeit liebt und uns zur Arbeit hinzureißen versteht.

Petrowa, Arbeiterin.

haben und den Rückweg nicht finden können; in ihren gut mütigen Augen lag gebundene Panik.

Ganz langsam erkannte Jens Peter, daß die Gesellschaft hinter ihnen her war, und er verlor alle Freude an seiner kleinen frohgedeckten Hütte. „Wenn du nur in Flammen auf gehen möchtest, elendes Nachwerk“, sagte er, „dann könnte sich niemand deinetwegen aufregen.“ Er glaubte, daß der Harbes wagt oder eine andere Obrigkeitaperson ein Auge auf sein Häuschen geworfen hatte — vielleicht auch auf Kaszmine, und ihr nun aus dem Weg haben wollte, um das Ganze in Besitz zu nehmen.

„Wir jollten jehen, von hier fortzukommen“, sagte Jens Peter manchmal zu Kaszmine und den Kleinen. Aber wohin? Die Gefahr drohte von keiner bestimmten Seite, sondern von überall her. Die Gesellschaft verfolgte sie. Von ihrer Hütte hielten sie Ausschau; tam weit drüben ein Mensch, so schlossen sie sich ein und getrauten sich nicht hinaus, bis der Feind außer Sichtweite war. Einen Fluchtapparat aufzubauen, darauf ver fänden sie sich nicht. Sie konnten nur, wie das Schaf, das mißhandelt wird, die Peine unter sich emporschieben, die Augen jchließen und leiden.

Der Harbespolizist hielt sich lange in der Gegend auf, um Erkundigungen einzuziehen: er war mehrmals bei der Hütte, jach sie aber verschloffen. Durch die nackten Fenster ließ sich unschwer jestellen, daß nur ein Erwachsenen-Bett vorhanden war, und eines Tages überjachte er Jens Peter an der Wald ede.

„Na, Jens Peter, wie bist du denn mit deiner Haus hälterin zufrieden?“ fragte er freundlich. „Ja, denn das ist doch recht läge nach Verjembung, daß sie etwas anderes für dich ist?“

Jens Peter jing das Winkeln seiner Augen auf und ver jand, daß das ein Witz war; hier durfte um keinen Preis die

Kann es eine größere Tragödie geben? Stines und Konjorien benutzen doch bloß die Sozialdemokratie als Mittel zum Zweck, um die Arbeiterjchaft besser und für sie gefährlicher jchöpfen zu können. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterjchaft gegen solche Manöver geschlossene Front macht. Will die Arbeiterjchaft sich nicht selbst aufgeben, und dazu hat sie gar keine Ursache, so muß sie die Einheitsfront herstellen, selbst über die Köpfe ihrer refor mistischen Führer hinweg. Die Kommunisten sind immer bereit, mit der Sozialdemokratie zu gehen, wenn ehrlüche Arbeiterpolitik getrieben wird.

In der darauf folgenden Diskussion ließ folgende Re jolution aus der Mitte der Versammlung ein:

„Die am 5. November in Langenbiala tagende öffentliche Versammlung legt den jchärfsten Protest ein gegen das Verbot der öffentlichen Sammlungsstätigkeit für das durch Hunger in größte Hungersnot geratene proletarische Rußland durch den jchlesischen Oberpräsidenten. Wenn für nationaljstische und andere Zwecke öffent liche Sammlungen gestattet werden, so ist die Sammlung für Sowjetrußland, die ein Gebot der Menschlichkeit ist, schon aus Gründen der Gerechtigkeit auf jeden Fall zu gestatten.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Dann meldete sich ein alter Arbeiter zum Wort. Er ver trat die Meinung, daß sich das Proletariat unter allen Umständen einig muß. Denn nur so kann es der immer jchwerer werdenden Reaktion Herr werden. Er vermittelte jcham die jchärfste Kritik der SPD. Er war der Ansicht, daß sich ein Weg finden lassen muß, auf dem die drei Arbeiterparteien geschlossen gegen die Reaktion vorgehen können. Dann forderte er die Anwesenden auf, dafür einzutreten, daß bei der Feier des 9. November Kehler oder drei Arbeiterparteien zu Wort kommen jollen. Ein

Der Dieb.

Von G. Gutmann.

Die Gäste begaben sich auf die Terrasse des Hotels. Dort wurde ihre Aufmerksamkeit auf einen Jungen ge richtet, der von mehreren Händen am Rock und an den Armen jeschlagen war. Man hatte ihn dabei ertwischt, wie er, auf der Mauer des Gartens liegend, sich herabbeugte, und von dem Obst, das in Spalieren an der Mauer emporwuchs, sich Früchte nahm.

„Weißt Du, was Du getan hast?“ schrie der Wirt, ein bieder, kleiner Herr, leuchtend vor Anstrengung, denn er kam soeben vom Essen; „Du hast gestohlen, gestohlen hat Du, Du Lump!“ — Bei dem Wort „Lump“ gab er ihm eine schallende Ohrjüge. Die Gäste blickten bösjhaft auf den kleinen Kerl, dem man aus den jerrissenen, schmutzigen Taschen die Birnen herausholte. Sein schwächlicher Körper bebte vor Angst, und über die unsauberen Wangen liefen die Tränen.

„Warum hast Du gestohlen? He, — mach Dein Maul auf! — Warum hast Du gestohlen?“ regte sich wieder der Wirt auf, anscheinend mehr aus Eifer vor den Gästen als aus Mitleid. „Ich habe zwei Tage nichts gegessen — — ich — — hatte — — solchen Hunger.“

„Hunger hattest Du! — glaubst Du, wenn ich Hunger habe, gehe ich einfach hin und stehle? — Glaubst Du das?“ Einige lachten laut auf bei dem Gedanken an die Mögliche keit, daß dieser kleine, harmlose Herr stehlen jünge.

„Was das Obst heute kostet“, sagte eine ältere Dame, während sie sich eine Zigarette anzünden ließ.

„Ja, ja“, sagte jemand, „zwei Tage muß man ihn herbe halten und arbeiten lassen!“

Die Mehrheit der Anwesenden stimmte diesem Mittel zu. Der Junge wand sich in den Händen seiner Peiniger, um los zukommen, und weinte unaufhörlich.

Der Knabe mit jebenen Strümpfchen und einem Spizen trügelchen, einen halben Bonbon noch im Munde, regte sich sehr auf und rebete den kleinen Dieb an:

„Glaubst Du den gar nicht an Gott? Es ist doch verboten, zu stehlen!“

„Entartete Schädelform, — Säufersfamilie“, sagte ein Herr, offenbar Mediziner. „Was ist Dein Vater?“

„Vater ist tot! — — stieß der Junge unter Geheul hervor, im . . . Bergwerl verunglückt . . .“

„Und Deine Mutter?“

„Wäjscht — — jetzt — — ist — — sie — — krank — — kann sich nicht — — rühren . . .“

Den Gästen wurde es peinlich. Sie veranlaßten den Wirt, den Kerl nach einer gehörigen Tracht Prügel laufen zu lassen.

Die Birnen warf man zu den Abfällen, da sie in den schmutzigen Taschen des Jungen gelegen hatten.

Dann traten die Herrschaften in das Haus und erfrischten sich an köstlichen Lederbissen, im stolzen Bewußtsein ihrer hohen Moral.

Wahrheit gesagt werden. „Nein, sie ist nur meine Wirt schafterin“, sagte er.

„Dann hat wohl auch jeder von euch sein eigenes Bett und seine eigene Kammer — wie das Gesetz es vorschreibt?“

„Jawohl“, erwiderte Jens Peter, gerabezu dankbar dafür, daß man ihm die schwierigen Antworten so in den Mund legte.

Doch im selben Augenblick blies der Polizeidiener sich auf und wurde zu einem ganz anderen Wesen. Jens Peter hatte vor der Behörde eine falsche Erklärung abgegeben, hatte die Rechtsvertreter zum Narren gehalten und zu seinem jündigen Lebenslauf noch Verjodtheit gejagt. Nun hatte er sich morgen auf dem Gericht einzufinden, und dann . . .

Der Polizeidiener brauchte nichts mehr hinzuzusehen, Jens Peter sah ohnehin das Ganze vor sich: die Zelle mit ihrem bösen Gefangenewärter, die Tortur der Verhöre, die entseß lichen Strafurteile, die ihm drohten, wenn er unverschuldet nur das geringste Lüttelchen von der Wahrheit vergaß.

An diesem ganzen Nachmittag ging er immerfort rings um sein Haus herum. Er wußte keinen Rat. Der Schrecken hielt ihn in unablässiger Bewegung. Er glich einem Menschen, der in die Maschinerie geraten ist und nun ins Innere gezwirbelt wird. Seine Augen schienen geborjen vor Panik. Zuletzt wurde ihm all das Drohende zu stark, er konnte es sich nicht mehr vom Leibe halten. Als die Dunkelheit hereinbrach, nahm er einen Strick, ging auf den Speicher und erhängte sich.

Kaszmine konnte nicht lassen von der Verstellung, ein Heim zu haben, und konnte nicht wieder in Dienst gehen. Als ich sie das nächste Mal sah, bettelte sie im Kirchspiel für sich und ihre väterlichen Kinder. Die Leute waren nicht so und gaben ihr. „Sie ist ein armes Geschöpf“, sagten sie, „kriegt Kinder und immer wieder Kinder, ohne einen Vater für sie zu haben!“

So lautet der nackte Bericht über das Schicksal von zwei Menschenkindern in Dänemark im Jahre 1909. Oder war's 1908?

Zeit, mit allen Mitteln die Gewerkschaften zu zwingen, auch das Geforderte durchzusetzen. Aber ohne Rußhandel wird es auch diesmal nicht abgehen, und die Leidtragenden werden wieder die Arbeiter sein.

Beigelshorf. Im Proletariat aus dem Riesengebirge“ entrüstet sich ein „Genosse“ über unseren Bericht über die Dent malzenweidung in Beigelshorf. „Rehere Arbeiter“ erklären unseren Bericht für gejjäßig und unwahr, geben aber dann selbst zu, daß die Dentmalzweidung keine parteijche, sondern eine allgemeine Ortsfeier war. Deshalb habe die SPD. ihre rote Fahne nicht mitgebracht. Diese Arbeiter bestreiten aber nicht, daß der Kriegerverein mit jchwarz-weiß-roter Fahne ange treten sei. Die SPD-Arbeiter sind also der Meinung, daß die Fahne der Monarchisten nicht parteijch sei und das Empfinden der Teilnehmer nicht jört. Wir sind der Meinung, daß selbst wenn der Kriegerverein mit einer jchwarz-weiß-roten Fahne angetreten wäre, die SPD-Arbeiter bei Pflicht gehabt hätten, ihre rote Fahne mitzubringen. Das „Schamgefühl“ war aber auf jeiten der Arbeiter, während die Aldeutschen dreißt und gottesfürchtig ihren monarchistischen Lappen enthielten.

Wer Wichtiges weiß über die Rüstungen der monarchistischen Gegenrevolution, über das Treiben der „Selbstschuk-organisationen“, melde sich auf der Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Unkosten werden vergütet.

Korrespondenz-Redaktion: Richard Janss, Berlin, Strals Gasse 10. Berlin, e. G. m. H. O. Berlin. Druck: Friedrichshof-Druckerei, e. G. m. H. O. Berlin SW 48. Tel. 2350 1925 und 1927.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlag: Einzelnummer 25 Pf. Durch Abnehmer 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postfachkonto Nr. 28 895. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.
Verlags- und Anstalts-Adresse: Ring Nr. 8887.

Sonnabend, 19. November 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk., Stellen- und Wohnungsgeluche, Sammelanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reflektoren: Die Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 3.- Mk.

Überall Streiks und Lohnkämpfe.

Die Feuerungswelle, die seit Monaten unausgesetzt im Wachsen ist, hat in den letzten Wochen und Tagen einen geradezu katastrophalen Charakter angenommen. Die Preise für die allernotwendigsten Lebensmittel haben sich im Laufe von wenigen Tagen mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung zwingt die Arbeiterschaft, ohne Rücksicht auf bestehende Tarifverträge sofortige Lohnherhöhung oder Feuerungszulage zu erzwingen. Es wäre Aufgabe der Gewerkschaftsführer, diese veränderte Situation bei ihrer Stellungnahme zu den gegenwärtigen Kämpfen in Rechnung zu stellen. Statt dessen klammern sie sich an die toten Buchstaben und bestehen auf Einhaltung der Tarifverträge. Treten aber die Arbeiter trotzdem von der Not gezwungen in den Streik, dann wird er von der Gewerkschaftsbürokratie als ein „wilder“ bezeichnet und alle Schuld den Kommunisten in die Schuhe geschoben. Doch die Arbeiter haben längst eingesehen, daß nicht die „kommunistischen Treiber“, sondern das verruchte kapitalistische Wirtschaftssystem die Ursache ihrer Not ist. Deshalb stehen sie auf dem Standpunkt, daß sämtliche Arbeiter ohne Unterschied der Partei zusammenstehen müssen im Kampf gegen das Ausbeutertum, gegen das Wucher- und Industriekapital. Soll der unvermeidliche Kampf im Rahmen gewerkschaftlicher Formen geführt werden, dann ist es höchste Zeit, daß die Gewerkschaftsführer ihre veraltete Taktik aufgeben und sich sofort der veränderten Situation anpassen.

Ausperrung bei der A.G. Oberschöneweide.

Berlin, 17. November.

Dienstag früh wurde von der Direktion der Betrieb der Nationalen Automobilgesellschaft Oberschöneweide geschlossen. Die Arbeiter und Angestellten hatten an ihren Forderungen festgehalten und blieben in der passiven Resistenz. Anstatt die berechtigten Wünsche der Belegschaft anzuerkennen, verfügte die Direktion die Schließung des Werkes. Angesichts der Einmütigkeit der Arbeiterschaft der Metallindustrie, die infolge der außerordentlichen Verschärfung der Feuernung in die entschuldigste Notlage geraten ist, und die gewillt ist, eine Feuerungszulage durchzusetzen, muß von den Gewerkschaftsführern verlangt werden, daß sie sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln hinter die kämpfende Arbeiterschaft der Berliner Metallbetriebe stellen.

Die Metallarbeiter Mannheims kampfbereit.

Mannheim, 17. November.

Die Urabstimmung der Metallarbeiter Mannheims ergab eine überwältigende Mehrheit von 92 Prozent für eine Solidaritätsaktion zugunsten der ausgesperrten Belegschaft von Benz u. Co. Wenn die vom Mannheimer Schlichtungsausschuß in letzter Stunde angebotenen Einigungsversuche scheitern, tritt die gesamte Arbeiterschaft der Mannheimer Ludwigschaffener Metallindustrie in den Solidaritätsstreik.

Der Streik bei Benz.

Die Firma Benz in Mannheim hat vor acht Tagen die gesamte Belegschaft von 3500 Mann ausgesperrt, angeblich, weil diese gegen unberechtigte Eingriffe von Direktionsbeamten in schwebende Lohn- und Tarifverhandlungen vor dem Direktionsgebäude demonstrierte. Wie die Firma erklärt, soll diese Aussperrung mit den Lohnverhandlungen nichts zu tun haben, sondern lediglich eine Maßregel zur Aufrechterhaltung der „Ordnung und Disziplin“ sein. In Wirklichkeit wollen die Unternehmer damit offensichtlich das Beispiel der Schichtarbeiter in Elbing nachahmen. Die Arbeiterschaft soll durch diese Aussperrung zermürbt und ausgeblutet werden, um ihr auf diese Art das Rückgrat für alle kommenden Lohnbewegungen zu brechen. Der Streik wird geschlossen weitergeführt. Eine Solidaritätsaktion der gesamten Mannheimer Arbeiterschaft ist eingeleitet.

Streiks und Lohnbewegung in Essen und Dortmund.

Essen, 17. November.

Am Sonnabend, den 12., haben die Arbeiter der Kruppwerke die Forderung auf Gewährung einer einmaligen Feuerungszulage in der Höhe des Monatsverdienstes gestellt und in Nichterfüllungsfalle mit dem Streik ab Montag früh gedroht. Um auf die sofort aufgenommenen Verhandlungen einen Druck auszuüben, demonstrierten etwa 10000 Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude. Zu einem Streik ist es am Montag vormittag noch nicht gekommen, weil die Verhandlungen über die Bewilligung der Feuerungszulage am Montag fortgesetzt wurden.

In Dortmund haben die Heizer und Maschinenisten beschlossen, den Streik fortzusetzen. Infolge dessen haben die großen Metallwerke der „Union“, der „Roten Erde“ und „Hösch“ die Betriebe geschlossen, 18000 Mann stehen im Kampf. Die Notstandsarbeiten werden von Beamten und Weibern verrichtet. Die Werke sind von der Schutzpolizei besetzt.

Deutsche Vakuum-Ölfabrik. Die Betriebsversammlung stellte die Forderung auf eine Feuerungszulage von 1000 Mark für Verheiratete (25 jährige gelten als verheiratet) und 750 für Ledige.

Die Koburger Transportarbeiter und Packer befinden sich seit Sonnabend im Ausstand. Der Grund liegt in Lohnforderungen. In einzelnen Betrieben haben die Streikenden die Kündigung zugestimmt erhalten.

Holzarbeiter. Die Tischler der Ortsgruppe Bremen fordern 3 Mark Stundenlohnherhöhung ab Montag.

Streik der Hamburger Schornsteinfeger. Nachdem die Unternehmer sich weigerten, die geforderte Lohnherhöhung zu bewilligen, sind die Schornsteinfeger in den Streik getreten.

Fortdauer des Steinbildhauerstreiks. Der Kampf der Hamburger Steinbildhauer dauert noch immer an. Die Haltung der kämpfenden Arbeiter darf nach einer Meldung der Streikleitung als mustergültig bezeichnet werden.

Kampf in der Danziger Gewehrfabrik. In der Danziger Gewehrfabrik, die sich in den Händen des polnischen Militärs befindet, trat die gesamte Belegschaft in den Streik. Der Leiter der Fabrik, ein polnischer Major, hatte, entgegen den Vereinbarungen mit den Gewerkschaftskommissionen, die Entlassung einiger polnischer und deutscher Arbeiter vorgenommen. Die betreffende angeklagene Verfügung wurde von einem polnischen Arbeiter entfernt. Der Major wollte darauf alle Entlassungen bis auf die des betreffenden polnischen Arbeiters rückgängig machen. Die gesamte Belegschaft erklärte sich aber mit diesem solidarisch und faßte gegen eine Stimme den Entschluß, in den Streik zu treten.

Aus Dresden wird gemeldet, daß in der Textilindustrie die Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten sind; die Arbeitgeber beabsichtigen die Aussperrung sämtlicher Arbeiter.

Beamtenstreik bei der Reichsversicherungsanstalt. Der Beamtenstreik bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte kam am 11. November zur Durchführung und dauert heute noch voll an. Von zahlreichen anderen Verbänden gehen Sympathieumgebungen ein.

Arbeiterprovokationen bei Siemens. Im Wernerwerk von Siemens & Halske wurden die gesamten Vertrauensleute der Belegschaft fristlos entlassen, da sie zu der Demonstration am 9. November Listen hatten zirkulieren lassen, in die sich die Teilnehmer einzeichnen sollten. Der Arbeiterrat verweigerte seine Zustimmung zu der Entlassung, und die betroffenen Abteilungen übten aus Solidarität passive Resistenz. Am Nachmittage des 10. November versammelten sich 10 000 Arbeiter zu einer gewaltigen Protestkundgebung gegen den Gewaltstreik der Direktion. Auf Anraten der Organisationsvertreter wurde beschlossen, die Arbeit zunächst wieder aufzunehmen. Sollte die Direktion trotzdem die Zurücknahme der Entlassungen verweigern, so wird die gesamte Belegschaft die Arbeit niederlegen. Die Vertreter des Metallarbeiter- und Fabrikarbeiterverbandes erklärten sich mit diesem Standpunkt der Versammlung einverstanden.

Lohnbewegung im Bergbau. Die vier Bergarbeiterverbände haben sich an den Reichsverband der deutschen Industrie, Fachgruppe Bergbau, gewandt und um Lohnverhandlungen für den gesamten Bergbau nachgejuch.

Die Arbeiter der Thermometerindustrie in den Orten Geschwendä, Gräfenroda, Gera (S.-G.), Arlesberg, Angelroda, Martinroda, Eigersburg und Roda sind wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Besigheimer Ölfabriken. Die Arbeiter des Bezirks 3 und 4 fordern eine Wirtschaftsbekämpfung von 300 und 500 Mark.

In Leipzig stehen die Metallarbeiter in einer Bewegung. Sie fordern höheren Stundenlohn.

Die Gewerkschaften für Erfassung der Sachwerte.

Erklärung des ADGB. und des Afa-Bundes.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes, die schon vor einigen Tagen gegen die vom Reichsverband der Deutschen Industrie in der Frage der Kredithilfe gefassten Beschlüsse scharfen Protest eingelegt hatten, sind, wie die „N. N.“ an führender Stelle erfahren, bei ihren weiteren Beratungen am 15. November zu dem Ergebnis gelangt, daß bei dem wachsenden Finanzelend des Reiches und der damit verbundenen unerträglichen Feuernung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr unverzüglich ein gesetzgeberisches Eingreifen verlangt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist, halten die Gewerkschaften angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzanlagen notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zwecke der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beendigung des Krieges wiedererstarbten Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzupassen. Die Stilllegung der Kostenpresse, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen an die Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unterziehen. Unter unbedingter Ablehnung aller Versuche einer Ueberführung der Eisenbahn oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Bevormundung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch kapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnfinanzgesetz Sicherungen vorgesehen werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend fordern die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-

bundes von der Reichsregierung und dem Reichstag zur Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen und zum Ausgleich des inneren Haushaltes des Reiches die beschleunigte Beschlußfassung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 20 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belassen.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Frist wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Salustgewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen- und Effekengeschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die Zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten.

Geschlossene Kampffront!

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes haben an die Regierung eine ganze Reihe von Forderungen gerichtet, deren wichtigster Teil sich auf eine 25prozentige Beteiligung des Reiches an den Sachwerten und die Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole beziehen. Die Gewerkschaften verlangen von der Regierung, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um diese Forderungen zum Gesetz zu erheben.

Der Schritt der Gewerkschaften bedeutet zweifellos einen Fortschritt. Die Masse der Arbeiterschaft wertet dieses Vorgehen des ADGB und des Afa-Bundes als die Einsicht dieser Organisationen, daß die Reparationszahlungen von denen geleistet werden sollen, die sie verschuldet haben. Durch die Beteiligung des Staats mit 25 Prozent an den Sachwerten sollen die Mittel bereitgestellt werden, um die Forderungen der Entente zu erfüllen und das Proletariat von den Steuern freizuhalten.

Die Beteiligung des Staats an den Sachwerten mit der Absicht, aus den 25 Prozent die Reparationszahlungen zu leisten, schafft aber zugleich eine neue innenpolitische Situation. Der ADGB und der Afa-Bund ziehen auch diese Schlussfolgerungen, wenn sie am Schluß ihrer Erklärung „alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die zentralen und örtlichen Organe der Freien Gewerkschaften“, aufrufen, „mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten“. Damit ist der eigentliche Schwerpunkt getroffen. Die organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die Gewerkschaftsmitglieder müssen ihre ganze Kraft einsetzen, um die Steuerbelastung des Proletariats zu verhindern.

Die Vorschläge der Gewerkschaften treffen den kapitalistischen Staat in seinen Wurzeln. Eine 25prozentige Sachbeteiligung mit einer Kontrolle aller privatwirtschaftlichen Monopole reißen das Fundament auf, das die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsweise bildet. Die Unternehmer werden sich daher mit aller Kraft zur Wehr setzen. Sie werden sich den Forderungen der Gewerkschaften entgegenstellen und ihren ganzen Apparat mobilisieren, um ihre gegenwärtige Position zu behaupten.

Das deutsche Proletariat muß sich für diese zwangsläufig einsetzende Abwehr rüsten. Die Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften ist nur im Kampfe gegen die Bourgeoisie möglich. Und dieser Kampf muß die Formen annehmen, wie sie durch die jeweilige politische Situation bedingt sind. Ist es unmöglich, daß die Sachbeteiligung des Reiches durch „gesetzgeberische Maßnahmen“ erreicht wird, dann muß mit anderen Mitteln dieses Ziel erreicht werden. Die ganze organisatorische Macht muß dann entfaltet, d. h. parlamentarisch und außerparlamentarisch muß sich das Proletariat der Bedrohung durch die neuen Anschläge erwehren.

Die Gewerkschaften haben gesprochen. Die Arbeiterschaft ist aufgerufen. Es ist nun Aufgabe der politischen Parteien, aus Abschätzung der politischen Lage den Weg zu bestimmen, der gegangen werden muß, um in geschlossener Kampffront für die unmittelbaren Ziele der gesamten Arbeiterschaft zu kämpfen.

Die kommunistische Partei ist bereit, ihre ganze Kraft für die Erlämpfung dieser Forderungen einzusetzen. Sie ist sich der Mittel bewußt, die angewendet werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Die kommunistische Partei fordert die deutsche Arbeiterschaft auf, geeint und geschlossen den Kampf für die Befreiung von den unmittelbaren Gefahren aufzunehmen.

Das deutsche Proletariat hat jetzt das Wort.

Hungerkrawalle in Berlin.

Die ungeheure Not und das Elend der Erwerbslosen hat am Dienstag und Mittwoch in Kreuzbän zur Selbsthilfe geführt. Die blühende die Situation befeuert, in die die gesamte Arbeiterschaft durch die ungeheuerlichen Preissteigerungen in der allerwichtigsten Zeit gebracht werden kann, und die vielleicht nur in diesem speziellen Falle ihre Ursache hat in der standstilligen Verschleppung dringender Forderungen der Erwerbslosen auf Auszahlung der Beihilfen und Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durch Reich und Kommune. Vor allem dem Berliner Magistrat ist es zuzuschreiben, wenn am Dienstag mittag sich Erwerbslose in Kreuzbän versammelten, um, nachdem Verhandlungen im Rathhaus unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Boesj auf sofortige Auszahlung einer Beihilfe ergebnislos verlaufen, durch Raubraub in Lebensmittelgeschäften ihren Spagat zu fallen.

Folgende offizielle Meldung liegt vor:

Gegen 300 Erwerbslose zogen am Dienstag mittag vor verschiedene Lebensmittelgeschäfte in Kreuzbän. Einzelne Trupps drangen in die Verkaufsräume ein und ließen mitgehen was sie am Eckbarm erreichen konnten. Es handelt sich um die Großhandels-Gesellschaft in der Berliner Straße, weiter um die Butterhandlung „Lorenz“ in der Oberstraße und die Butterhandlung „In den drei Sternen“ in der Kogalstraße. Verbeigerneute Schutzpolizei löste die Trupps auf, ein betrübter Erwerbsloser wurde festgenommen und nach der Wache des Polizeipräsidiums Berlin gebracht.

Nicht unbedeutend an den Reparationszahlungen hungernder Erwerbsloser ist auch der Antrag von Verköhn, der durch seinen Vertreter, Stadtrat Schreiber von der USPD, erst in letzter Stunde in betrieblidem Tone bei dem Berliner Magistrat um die Bewilligung einer Beihilfe von 100 Mark vorbrachte. Dieser wurde auf dem jüngsten Rat in Kreuzbän die Erwerbslosen von Tag zu Tag verzögert.

Die Faktion der SPD, beschränkt in der Auszahlung des Berliner Magistrats am Montag die jährliche Beihilfe von 40 bis 50 Millionen Mark, um das Elend der 74000 Groß-Berliner Erwerbslosen auch nur einigermaßen zu lindern. Erst nachdem es nun in Kreuzbän zu Ausschreitungen gekommen ist, erklärt sich der Berliner Magistrat bereit, 9 Millionen Mark ab 16. November zur Auszahlung an Erwerbslose, Witwen, Invaliden und sonstige durch Arbeitslosigkeit in Not Geratene bereitzustellen. Die „Berliner Morgenpost“ hat die Beihilfe einen Tropfen auf den heißen Stein und wird wahrscheinlich kaum dazu beitragen, die Erregung der Erwerbslosen abzuschwächen.

Die Ereignisse in Kreuzbän zeigen die ungeheure Verelendung der deutschen Arbeiterschaft, besonders aber die entsetzliche Not der Erwerbslosen. Die langwierige Einleitung der beiden sozialdemokratischen Parteien und die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften ist zum größten Teil schuld daran, daß es soweit gekommen ist. Nur mit Hilfe wird in heute der 10 Forderungen des ADGB, erreicht. Es muß aber für die Arbeiterschaft, für die gesamte Arbeiterschaft, ein Weg gefunden werden, der aus dem Elend herausführt. Das ge-

samte Proletariat muß sich zu einer festgelegten Einheitsfront zusammenschließen und im rücksichtslosen Kampfe gegen das Unternehmertum menschenwürdige Existenzbedingungen für alle erringen.

Das Gothaer Proletariat gegen den Preiswucher.

Eine mächtige Versammlung der Arbeiterschaft Gothas, einberufen von der dortigen SPD, faßte folgende Resolution:

In einer äußerst stark besuchten Volksversammlung am 10. November 1921 nahm die Gothaer Arbeiterschaft Stellung zu den Wirtschaftspragen des notleidenden werktätigen Volkes. Die Leuerung, hervorgerufen durch die wilde Spekulation des Unternehmertums unter Ausnutzung des niedrigen deutschen Marktwertes nimmt täglich, ja stündlich zu, ohne daß die Reichsregierung oder die Landesregierung wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung dieses verheerenden Unzuges ergreift. Gesetze in dieser Beziehung müssen so ausgebaut werden, daß ihre Durchführung gewährleistet wird. Dies gilt besonders für die Verordnung der Landesregierung wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Kartoffelwuchers und der Kartoffelnot. Die Versammelten fordern von der sozialistischen Regierung Thüringen, daß sie ihre Bählermassen aktiv in den Dienst ihrer Politik stellt, um so auch die letzte Umgehung der Gesetze zu unterbinden. Dies um so mehr, als die reaktionären Elemente auf dem Lande, in Handel und Industrie die Notlage der Arbeiterschaft unter Mißachtung der Verordnungen vergrößert und in ihrer Presse verpöht.

Von der Reichsregierung verlangen die Versammelten, daß sie das Spekulantentum sofort unterbindet durch Aufhebung der freiwirtschaftlichen Verordnungen und Übertragung von Kontrollrechten an die organisierte Arbeiterschaft bzw. ihre Organisationen. Die Versammelten wenden sich an die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands, sich unverzüglich mit der Frage der Leuerung, des Wuchers und der dadurch hervorgerufenen automatischen Lohnreduzierung zu befassen und sich über die Schranken der Parteien hinweg im Kampfe dagegen zu vereinigen. Die grenzenlose Notlage zwingt die deutsche Arbeiterschaft zu raschem Handeln.



Wie ist die Lebenshaltung der Arbeiter?

Vor dem Kriege erhielt der Arbeiter in einer Woche für seine Arbeitskraft zwei 20-Markstücke als Lohn. Die ganz schlecht bezahlten mußten zum Teil auch mit einem 20-Markstück mit ihrer Familie sich durchs Leben schlagen. Damals war schon Schmalhans Küchenmeister.

In der Woche vom 14. bis 20. ds. Mts. zahlt die Reichsbank und Post 80 Mark für ein 20-Markstück.

Wieviel müßte also ein Arbeiter heute verdienen?

In einer Woche müßte er 1000 bis 1700 Mark verdienen, um seine Bedürfnisse entsprechend der Vorkriegszeit zu befriedigen, um sich genügend Nahrung und Kleidung zu kaufen, kurz: um als Mensch zu leben.

Warum zahlen die Kapitalisten nur 250 bis 500 Mark?

Weil der Kapitalismus wieder aufgebaut werden soll auf Kosten der Arbeiter. Weil das System der kapitalistischen Ausbeutung auch nach der Revolution nicht angefaßt wurde.



Die staatlichen Streifbrettergardien.

Die Arbeiterschaft steht vor schweren wirtschaftlichen Kämpfen. Dominicus, der frühere preussische Innenminister, trat dafür schon im Mai seine Vorbereitungen. Schno und Technische Rathilfe sollen zusammenwirken. Nachschub der Wehr:

Der Minister des Innern. Berlin NS. 7, den 21. Mai 1921. II. H. 1921. Unter den Linden 77/73.

Zum vorläufigen Schreiben vom 31. Januar 1921. II. V. 572.

An den Reichsminister des Innern.

Die Vorbereitung der Schutzpolizei auf die ihr zukommende Aufgabe des Schutzes der Technischen Rathilfe erfolgt auch mit Eile.

Ich habe infolgedessen in der Ausbildungsvorschrift für den waffenpolizeilichen Dienst Teil II „Ausbildung“ die Fühlungnahme mit der Technischen Rathilfe und die schriftliche Niederlegung der Vorbereitungen bei den Kommandos der Schutzpolizei angeordnet.

Bei dieser Vorbereitungsarbeit würden alle anstehenden Fragen ohne weiteres erledigt und gelöst werden.

Ich habe angeordnet, daß bei den Kasernen, welche im Bezirk jedes Reg.-Bez. im Laufe jedes Winters zweimal durchzusehen, auch das Zusammenwirken der Technischen Rathilfe und der Schutzpolizei zum Gegenstand der Überprüfungen gemacht wird. Der Führer der Technischen Rathilfe wäre zu dem einen oder anderen dieser Beispiele zweckmäßig heranzuziehen. Dominicus.

Technische Rathilfe als Streifbrettergardien in den Betrieben. Die Schno unter Führung ihrer mündlichen Offiziere mit Aufstellungsgewehren, Handgranaten als Schutz gegen Streiks. Alles angeordnet von dem Minister Gradnauer, der behauptet, Sozialist zu sein.

So berichtet sich die Regierung für die Winterkampfe vor. Die Arbeiterschaft weiß nun, was sie erwartet, wenn sie es wagen sollte, für den notwendigen Lohn zu kämpfen. In Preußen und auch im Reich stehen bereits die Kräfte bereit, die das Proletariat zu erdrücken haben. Die Arbeiterschaft muß sich wehren, wenn sie anders den Anschlägen, die planmäßig vorbereitet werden, entkommen soll. Der Reaktion müssen ihre Rachmitteln entgegen werden.

Steigende Preise.

Die Geldentwertung im Island.

Die Reichsbank hat für die laufende Woche den Preis eines Zwanzigmarksstücks mit 80 M., den Preis eines Zehnmarsstücks mit 45 M. festgelegt. Also Entwertung des Papiergeldes um fast mehr als Zwanzigprozent.

„Da die Zufuhren zum Cernmarkt in frischer Ware sehr gering sind, kommt nunmehr konserverte Ware in den Handel. Die Preise sind weiter steigend.“ Auf dem Berliner Markt wurden im Großhandel für 1000 Stück 2930-3030 M., auf dem schlesischen Markt 2950-3050 M., auf dem westdeutschen Markt 3150-3300 M. gezahlt. Diesen Großhandelspreisen werden Kleinhandelspreise von mindestens 3,40 bis 3,80 M. entsprechen.

Von der Berliner Produktenbörse melbet die „Industrie- und Handelszeitung“ vom 14. November: „Der Dollar war heute nicht unerheblich niedriger. Das war hauptsächlich der Anlaß, daß sich die Käufer große Zurückhaltung auferlegten.“ Andererseits brachten die Verkäufer in Berlin ähnlich wie in Süddeutschland nur ganz wenige Ware auf den Markt. Sie spekulierten damit, daß der Dollar sicher wieder steigen wird. Die Getreidepreise standen wie in der vergangenen Woche auf dem durchschnittlich fünfundsiebzigfachen Friedensstand. Neuerlich in die Höhe gegangen sind die Preise für Erbsen.

Augenblicklich werden auf dem Markt für Saatgut ungeheuerliche Preise bezahlt. Diese Saatgutpreise erfordern für das kommende Erntejahr Getreidepreise, die die diesjährigen weit in Schatten stellen.

Der Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie hat neue Leuerungszuschläge festgesetzt, die auch für Aufträge nach dem 12. November gelten.

Der Zentralverband deutscher Glühlampenfabriken hat die Leuerungszuschläge für Glühlampen aller Art von 300 auf 400 Prozent erhöht.

Die Verkaufsstelle Vereinigter Fabriken isolierter Leitungsdrahte, G. m. b. H., hat den augenblicklichen Leuerungszuschlag von 30 auf 40 Prozent gesteigert.

Der Verein deutscher Nietenfabrikanten, gleichfalls die Handelsdrahtvereinigung haben neue Zuschläge für ihre Grundpreise eingerichtet, die etwa dem Sechszwanzigfachen der Grundlistenpreise entsprechen.

Millionengewinne in der Margarine-Industrie.

Wir berichteten kürzlich, daß, angeblich begründet durch die fortschreitende Entwertung der Mark, die Margarinepreise erneut um 6 bis 7 Mark gestiegen sind. Damit haben die Margarinepreise heute das Dreifache erreicht wie im Anfang des Jahres 1921. Unter anderem hat auch der christliche „Deutsche Gewerkschaftsbund“ an das Ernährungsministerium eine Protesteingabe gemacht, in der es u. a. heißt:

„Wir verneinen die Notwendigkeit, in dem erfolgten Ausmaß die Margarinepreise zu erhöhen. Wir fordern auf, die Preisgestaltung für Margarine, insbesondere aber auch die nach unserer Auffassung preissteigernde Tätigkeit des Margarineverbandes in Berlin gründlich zu überprüfen. Sachverständige Verbraucher und Vertreter der Gewerkschaften müssen hinzugezogen werden. Wenn eine der maßgeblichen Firmen des Konzerns, die A.-G. Van den Berghs, Margarinefabriken, die ihre Erzeugung in der Hauptsache in Deutschland unterbringt, im Geschäftsjahre 1920 einen Reingewinn von 5,7 Millionen holländischen Gulden erzielt hat, kann nicht zugegeben werden, daß die Notwendigkeit derart gewaltiger Preissteigerungen vorhanden ist.“

Allerdings nicht, denn die genannte Summe entspricht einem heutigen Papierwert von etwa 450 Millionen Mark.

Der Ernährungsminister Hermes hat auf diese Eingabe seiner Parteigenossen hin nichts unternommen. Die Forderung nach Prüfung der Preisgestaltung und noch mehr der Tätigkeit des Margarineverbandes durch Gewerkschaftsvertreter und Verbraucher kann von der gesamten Arbeiterschaft nur unterstützt werden.

Der Daimler-Gesellschaft werden ca. 8 Millionen Steuer nachgelassen!

Uns wird geschrieben:

Die durch ihre umfangreichen Gewinnüberschreitungen während des Krieges und ihre Brutalität den Arbeitern gegenüber berüchtigte Daimler-Motoren-Gesellschaft Stuttgart-Untertürkheim drohte im Juni dieses Jahres der württembergischen Regierung, daß sie einen großen Teil ihres Betriebes nach Norddeutschland verlegen wolle, wenn ihre Steuerbelastung nicht wesentlich gemildert würde. Dem Vorstoß der Daimler-Motoren-Gesellschaft gegen die Gewerbesteuer schloß sich zu dieser Zeit ein großer Teil der württembergischen Industriellen an. Die württembergische Regierung reagierte prompt auf diesen Unternehmenseinsturz. Wenige Tage nach dem Bekanntwerden der Drohung der D.M.G. richtete der württembergische Finanzminister Löffling ein devotes Schreiben an die D.M.G. In diesem Schreiben sicherte er zu, daß so schnell als möglich, spätestens bis zum 31. Juli des Jahres, eine Milderung in der Gewerbesteuerbelastung eintreten werde.

Wie wir aus zuverlässiger Stelle erfahren, hat das württembergische Finanzamt der Daimler-Gesellschaft

nicht weniger als circa 8 Millionen Mark für das Steuerjahr 1919 und 1920 nachgelassen.

Angeichts der katastrophalen Finanzlage des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden, und angesichts der vorerwähnten ungeheuren Neubelastung der arbeitenden Bevölkerung mit neuen Steuern ist der Steuernachlaß für die D.M.G. eine unerhörte Provokation für die gesamte werktätige Bevölkerung. Wenn so die vielgepriesene Goldwertierung, wie sie auch die SPD laut gepriesen hat, bevor sie in die Regierung eingetreten ist, ansieht, dann hat das Proletariat alle Ursache, nicht müde zu werden im Kampfe für die wirkliche Goldwertierung und für die Abwälzung der ungeheuren Milliardenlasten auf die Schultern der Spitzköpfe und Geldsack.

Die Kohlensteuer.

Die die R.F.M. hören, beriet der Kohlensteuer-Ausschuß des Reichswirtschaftsrates am 12. November 1921 den Entwurf eines Gesetzes über Änderung des Kohlensteuergesetzes. Die Steuer soll nach der Regierungsvorlage auf 40 v. H. des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen Kohlen erhöht werden. Die Sätze sind aber für die verschiedenen Bergwerke und Kohlenarten verschieden bemessen. Der Betrag der Steuer ist der Preis für Kohlen nicht zugrunde gelegt worden. Für die in der Aufstellung nicht besonders angeführten Kohlen sind bei Steinkohle 100 v. H., bei Braunkohle 90 v. H. vorgesehen. Der Reichsminister der Finanzen kann

Mit Zustimmung des Reichstages und des Reichsrates den Steuerlag ermäßigen. Das Gesetz soll bis zum 31. März 1923 gelten. Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich auf den Standpunkt, daß allenfalls ein Steuerlag von 30 Prozent als tragbar zu betrachten sei. Die Erhöhung der Kohlenpreise würde das Niveau der Lebenshaltung der breiten Masse noch mehr herabdrücken, weitere Preissteigerungen auf anderen Gebieten zur Folge haben und außerdem dem Reiche nur eine vorübergehende finanzielle Erleichterung verschaffen. Auf jeden Fall würde der mögliche Vorteil der Erhöhung die Nachteile nicht aufwiegen.

Der Ausschuss nahm den Entwurf mit Mehrheit unter Vorbehalt folgender Änderungen an: 1. Der Steuerlag soll nicht 40 v. H., sondern nur 30 v. H. betragen. Der Differenzierung wird im übrigen zugestimmt. 2. Die Ermächtigung des Reichsministers der Finanzen, den Steuerlag zu ermäßigen, soll nicht nur an die Zustimmung des Reichstages und des Reichsrates, sondern auch an die gutachtliche Anhörung des Reichswirtschaftsrates gebunden sein.

Die Kohlensteuer belastet nicht nur den einzelnen Haushalt schwer, sondern verteuert das gesamte Wirtschaftsleben, da alle Kapitalisten die Kohlenpreissteigerung zur weiteren Vertreibung ihrer Produkte benutzen. Der Steuerlag ist zudem nicht einheitlich, halb 30 Prozent, für andere Kohlenarten mehr.

Die Arbeiterschaft geht einem schweren Winter entgegen. Kämpfe um Lohnerhöhungen sind unausbleiblich. Die bereits überall einsetzenden Lohnbewegungen beweisen es. Ein Erfolg dieser Kämpfe bleibt aber solange in Frage gestellt als das Proletariat sich zugleich nicht die politischen Sicherungen schafft, die ihm den Kampf um seinen Lebensunterhalt überhaupt erst ermöglichen: Die Auslieferung des Staates an Stinnes muß verhindert werden!

Otto Braun über die Große Koalition.

In einer Essener Rede begründete der neue preussische Ministerpräsident Braun das Zusammengehen der SPD. mit der Deutschen Volkspartei folgendermaßen:

Wir stehen heute vor der Frage, ob wir eine stetige und friedliche Entwicklung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens vorziehen oder einen blutigen Bürgerkrieg zwischen dem Bürgertum und dem Proletariat. Das letztere würde den völligen Untergang des deutschen Volkes bedeuten. Die Sozialdemokratie wird sich für den ersteren Weg entscheiden. Sie wird sich mit allen Kräften dafür einsetzen, weil nur dieser Weg allein zur Wiedergewinnung des deutschen Volkes führen kann.

Die Fragestellung Brauns bedarf einer Ergänzung. Sie muß heißen: Soll das Proletariat sich den Plänen des Großkapitals, die auf eine Stinnesdikatur abzielen, kampflös unterwerfen oder nicht. Braun und die rechtssozialdemokratischen Führer sind für das erste. Jeden Versuch der Auslieferung des Proletariats gegen die Durchführung der Stinnes'schen Raubpläne denunzieren sie von vornherein als Bürgerkrieg.

Eine Siebenmillionen-Forderung für die gemäßigten Porzellanarbeiter.

Die kommunistische Fraktion des Thüringischen Landtages hat folgende Forderungen an den Landtag gestellt:

Der Landtag wolle zum Beschluß erheben: „Die Landesregierung wird ermächtigt, zur Unterstützung derjenigen Arbeiter, die durch die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in der Metall- und Porzellanindustrie Thüringens in Not geraten sind, eine Summe von sieben Millionen auszuwerfen und schnellstens zur Verteilung zu bringen. Zur Festsetzung des Verteilungsmodus sind die Vertretungen der Arbeiterschaft heranzuziehen. Außerdem sind bei der Willkür der Unternehmer gemäßigten Arbeitern für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit Unterstützungen in der Höhe der Erwerbslosenunterstützung zu gewähren.“

Die Regierung wird beauftragt, alle Schritte zu tun, um die Wiedereinstellung der gemäßigten Arbeiter zu erzwingen.“

Die Ententemaßnahmen gegen die deutschen Werke.

Die Ententemaßnahmen gegen die deutschen Werke werden von der deutschen Bourgeoisie ausgenutzt, um eine nationalistische Propaganda gegen den „Zerfallungsprozess“ der Entente einzuleiten. Sie waren bereits Gegenstand einer

Hungerstreik in der Strafanstalt Lichtenburg bei Zorgau.

Die politischen Gefangenen sind am Sonnabend in den Hungerstreik getreten. Sie verweigern jegliche Annahme von Lebensmitteln, die von innen und von außen verabreicht werden. Sie wollen erzwingen, daß sie in die Freiheit zurückkehren können, sowie, daß das Schicksal ihrer Angehörigen eine Besserung erfährt. Im Reichstag traf am 16. November nachmittags ein Telegramm an die SPD., USP. und SPD. ein, in dem die Anstaltsleitung ersucht, einzugreifen. Am Donnerstag, den 17. November, finden im Ministerium Verhandlungen statt.

Reichstagsdebatte; jetzt hat die Regierung eine Note an die Entente gesandt, in der sie die Rückgängigmachung der von Kollat angeforderten Maßnahmen fordert.

Der „Vorwärts“ bringt einen Bericht über eine Befichtigung der Werke durch Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission. Diese seien zu dem Ergebnis gekommen, daß die Werke für eine Herstellung von Kriegsmaterial nicht in Frage kämen. Eine endgültige Stellungnahme der Gewerkschaftskommission stehe bevor.

Unseres Erachtens kann die Arbeiterschaft in dieser Frage weder in die nationalistische Hege der deutschen Bourgeoisie einstimmen, noch die Konkurrenzinteressen der Entente unterstützen. Die von der Entente geforderte Zerstörung ist widersinnig. Am allerwenigsten aber hat die deutsche Bourgeoisie, die während des Krieges und nach dem Kriege auf diesem Gebiete, erkleckliche Geister hat, hier am wenigsten Recht zu protestieren. Die Produktion von Kriegsmaterial birgt auch für die deutschen Arbeiter die Gefahr in sich, daß dieses gegen sie verwendet wird. Aber dieser Gefahr kann nur durch wirksam begegnet werden, wenn die Arbeiter sich selbst Kontrollrechte über die Produktion erwerben. Beide Gefahren: daß die deutsche Gegenrevolution rüstet und ebenso, daß die Entente wichtige Produktionsmittel zerstört, können nur beseitigt werden durch die Arbeiterkontrolle. Diese Forderung muß die Antwort der Arbeiter auf das nationalistische Protestgeschrei der Bourgeoisie sein.

Unter polizeilicher Ueberwachung. Wie es den deutschen Arbeitern in Frankreich ergehen soll.

Das Abkommen zwischen Loucheur und Rathenau wurde von der Gewerkschaftspresse als erster Triumph von Amsterdam hingestellt. Das Abkommen Loucheur-Silberstein ist der würdige zweite Triumph der Amsterdamer. Flehenlich bitten die deutschen und französischen Gewerkschaftsbürokraten, daß die französischen Kapitalisten auch deutsche Proletarier zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zulassen. Kürzlich fand in der Frage wiederum eine Konferenz beim Minister Loucheur statt. Wie der „Temps“ mitteilt, knüpfte Loucheur seine Zustimmung zu dem Import der deutschen Arbeiter an zwei Bedingungen: 1. Müssen die geschädigten Franzosen selbst mit den deutschen Arbeitskräften einverstanden sein und 2. müsse die französische Polizei die geeigneten Vorkehrungen treffen. In der Grenze sollen die deutschen Arbeiter einer strengen Kontrolle unterworfen werden. Allen Kranken und Verwundeten wird der Zutritt nach Frankreich verweigert. Auf dem Gebiet des Wiederaufbaus selbst wird ein besonderer polizeilicher Ueberwachungsdienst eingerichtet. Die deutschen Arbeiter dürfen die Ortschaft nicht verlassen, der sie zugewiesen sind. Und sollte sich bei den Deutschen irgendeine Agitation entwickeln, so werden die Unruhestifter sofort abgeschoben. Unter diesen Bedingungen wird die französische Regierung die deutschen Arbeitskräfte gnädig aufnehmen. Der deutsche Proletarier soll also in Nordfrankreich gewissermaßen hinter Stachelbrant und unter dem französischen Polizeifabel schreiten. Und die Gewerkschaftsbürokraten beider Länder geben dazu ihren Segen. So soll der Wiederaufbau Nordfrankreichs im Geiste des Kapitalismus und des Menschewismus erfolgen.

Die Washingtoner Aufteilungskonferenz.

Hughes Abrüstungsrede am ersten Sitzungstag bedeutete einen amerikanischen Vorstoß gegen Japan. Jetzt antwortet die japanische Delegation mit einem Gegenstoß. Mit geschicktem Entgegenkommen — ganz wie die Amerikaner — nimmt sie prinzipiell die Abrüstungsgrundsätze an, aber sie fordert Amerika und England auf, zuerst ihre Flotten abzubauen.

Auch Balfours Zustimmung zum Abrüstungsplan war nicht vollständig. Die englische Bourgeoisie, zu schwach, sich offen der amerikanischen Lenkung zu unterwerfen, sucht offenbar dem überlegenen Imperialismus der Vereinigten Staaten ein Gegengewicht gegenüberzustellen, indem sie unter der Hand Japan ermutigt.

Japan benutzt seinerseits die schwierige Lage Englands, um einen Druck auf den wankenden Verbündeten auszuüben. Nur so ist die japanische Erklärung zu verstehen, Tokio könne auf das englische Bündnis verzichten. Die Aufhebung des Bündnisses bringt nämlich auch für England Unannehmlichkeiten mit sich. Die Sicherheit der Kolonien wird geschwächt, Indien ungünstig beeinflusst, die Auspielung Japans gegen Amerika unmöglich gemacht. So ist die japanische Erklärung ein geschickter Schachzug, dessen Wirkung allerdings fraglich erscheint.

Ein Gegenzug Englands gegen Amerika ist der Vorschlag der Landabrüstung, der sich deutlich gegen Frankreich, den Freund Amerikas richtet.

Die Hauptkämpfe auf der Konferenz werden sich künftig in Kommissionenberatungen abspielen. Auch diese Neuprüfung hat der Washingtoner Imperialistenkongress mit den „Friedenskongressen“ vor 1914 gemeinsam. So wenig wie damals wird die Verlegung der Auseinandersetzungen in die geheimdiplomatische Dunkelkammer auf die Dauer den offenen Ausdruck der Gegensätze verhindern können.

Nach der Abrüstung steht nunmehr China und der Stille Ozean auf der Tagesordnung. Und dieser Punkt bringt die wahre Entscheidung, die erste Austragung, den wirklichen Handel der imperialistischen Rivalen.

EE. Washington, 17. November.

Der gestrige Tag in Washington war einer geheimen Sitzung der zweiten Kommission gewidmet, die sich mit der chinesischen Frage zu beschäftigen hat. China forderte seine territoriale Integrität, Unabhängigkeit in der Verwaltung, Durchführung der Politik der offenen Tür und Einschränkung der Privilegien, die bisher fremden Völkern auf Chinesischem Gebiete gewährt worden waren. Ferner fordert China, daß man seine Rechte als die eines neutralen Staates anerkenne und daß alle Verträge, die gegen diese Anerkennung als neutraler Staat verstoßen würden, aufgehoben werden.

Sodann ergriff Staatssekretär Hughes als Präsident der Kommission das Wort und legte den amerikanischen Standpunkt in der chinesischen Frage dar. Er belaudete seine Sympathien für die Ansprüche, die von China erhoben werden, doch wurde von ihm ein positives Programm Amerikas für die Regelung der Fragen des äußersten Ostens nicht vorgelegt. Japan enthielt sich jeder Äußerung. Der chinesische Delegierte Se überreichte der Kommission für die Angelegenheiten des Fernen Ostens eine Denkschrift über die Forderungen der Regierung von Peking; diese Denkschrift wird nunmehr von den einzelnen Delegierten eingehend studiert werden.

Die Haltung Japans bei der gestrigen Erörterung der chinesischen Frage hat großes Erstaunen erregt. Anscheinend will die japanische Delegation warten, bis sie genaue Weisung ihrer Regierung erhalten hat, ehe sie die Karten offen auf den Tisch legt. Anscheinend will Japan jede bestimmte Verurteilung vermeiden, bis es genaue Mitteilungen über den Standpunkt Amerikas in der Frage der Befestigungen des Stillen Ozeans besitzt.

Die Frage der Preisgabe der englisch-japanischen Allianz hat gestern keine Fortschritte gemacht. Man erklärt nur, daß England zögere, dieser Forderung der Vereinigten Staaten Rechnung zu tragen, denn es betrachtet die Aufrechterhaltung dieser Allianz als Ehrensache, möchte aber andererseits Amerika alle Garantien geben, um zu beweisen, daß diese Allianz in keiner Hinsicht gegen die Vereinigten Staaten gerichtet sei.

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan I. Klein

Nachdruck verboten.

„Doch sind wir überzeugte Sozialisten, wenn wir auch nicht Sozialdemokraten sind, sondern Arbeiter, Rechtsanwälte, Gelehrte und Bergleute mehr. Das Wesentliche ist: Sozialist werden und sich mit dem Proletariat identifizieren.“

„Was das anbelangt, so sind viele Ihrer Scherze nicht nach meinem Geschmack. Bergleute, diesen Leuten muß man befehlen! Man darf sie nicht auf hohe Hufe setzen, denn dann werden sie nicht. Werden überhaupt nichts tun, wenn man nicht mit der Peitsche dreinschlägt!“

Er lächelte. „Ich steh' nun einmal so zu dem Sozialismus.“ — „Jahr er fort — doch hol' der Teufel, ich werde mir diesen großen Ton schon ein wenig abgewöhnen. Schlagen Sie mich ruhig als Produktionskommissar vor, ich werde dieses Gut schon verwahren. Aber nun los! Die Herren, ach, was sag' ich da! Die Genossen werden hoch zu einem kleinen Jambs zu mir herüberkommen!“

Er lächelte herzlich, als wären alle seine Angelegenheiten in bester Ordnung. Die Mitglieder der Kommission zierten sich ein wenig, zögerten, ließen sich bitten, machten sich aber dann demnach auf den Weg. Um ihre Schwäche zu verhehlen, begannen alle auf einmal zu reden.

„Ausgezeichnet! Genosse! Herr Genosse, nicht wahr?“

„Sehen Sie fleißig Marx, Herr Verwalter! Das wird Ihnen wohl anstehen.“

„Ich bin kein Hundstot! Auch hat Ihnen die viele Wissenheit geschmeckt!“

„Hoffentlich gibt's hier keine fleischlosen Tage?“

„Und auch kein Alkoholverbot!“

„Nebst dem, was das anbelangt.“ — erklärte mit größtem Ernst der widertragende Mann einem hinterher trottelnden Genossen — „eigentlich ist es ja im Interesse des Proletariats, die Fachkenntnis auf jedem Gebiet auszunutzen. Deshalb sollte ein solcher Genosse nicht für uns arbeiten, wenn er arbeiten will.“

„Freilich, freilich, er soll Produktionskommissar werden. Wir werden ihn vorzuschlagen.“

Nach dem Mittagessen, da sie sich die Zigaretten anzuwachten, blieben Abel und Marczyhazy einige Augenblicke allein.

„Schauen Sie“ — begann der Letztere häßlich, um Abel zu vorzukommen. — „ich habe mit diesen bereits Freundschaft geschlossen, werde durchsetzen, daß auch Sie zum Produktionskommissar ernannt werden. Wir bleiben schon hier, als ob überhaupt nichts geschehen wäre, werden bald andere Titel haben. Ich werde nicht der gnädige Herr Verwalter sein, sondern der Produktionskommissar-Genosse. Sie werden nicht der gnädige Herr sein sondern... ebenfalls! Haben Sie eine Ahnung, wie gut das sein wird? Wir werden das Gut so verwalten, aber so!“

„Sie werden schon sehen!“

Abel antwortete mit keinem Wort. Er preßte die Lippen fest zusammen, betrachtete sie Marczyhazy.

„Versprechen Sie mich doch!“ — sprach dieser, sich näher neigend — „wenn wir beide hier im Werke bleiben, können wir uns so viel beiseite musizieren, wie in uns nur Platz hat! Den Ertrag werden wir teilen.“

„Bitte“ — hub nun Abel an — „bemühen Sie sich nicht, lassen Sie das Neben, machen Sie mir keine herabwürdigen Anerbieten. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mit mir teilen wollen, doch tue ich so etwas nicht. Habe es nie getan und werde es auch nicht tun. Machen Sie's nur allein.“

„Glauben Sie mir“ — sprach Marczyhazy in einem Ton, der schier wohlwollend anmutete. — „es ist fast Neugierde, es nicht zu tun. Wir werden doch nicht solche Karten sein. diesem Pack das ganze Gut zu überlassen, da wir mit ein bisschen Geschicklichkeit alles zurückmanipulieren können. Deshalb sollen nicht auch Sie etwas davon bekommen!“

Dies war Marczyhazys aufrichtige Rede. Er nannte das Volk, die Arbeiterschaft, ein Pack und sah darin nichts Unrechtes, alles was er konnte lieber für sich zu behalten. Abel aber hatte er trotzdem etwas wie einen Ueberreiß von Redlichkeit und dies trieb ihn zu seinem Vorschlag, weshalb denn nicht? ... Soll doch auch dieser Mensch etwas abbekommen... Benutzen etwas zurückhalten! Dieses Wohlwollen berührte Abel beinahe. Nun steht dieser Mensch vor ihm wie sein gutherziger Protektor, dem er schließlich noch Dank schulden wird.

„Nein, nein, danke!“ — Abel wies das Anerbieten zurück — „danke, bemühen Sie sich mehr, wenn Sie nicht. Daß ich Ihnen die sechs Hunderttausend Kronen nachgeben habe, ist nicht die wichtigste Angelegenheit, sondern Sie zu nichts zu verpflichten. Doch muß ich Ihnen unter vier Augen sagen: Ich hätte es von Ihnen nicht erwartet! Sie wissen ja, wenn Sie Geld verlangen, ich habe es Ihnen stets gegeben, aber auf einmal einen solchen Betrag und mich so zu verpflichten vor diesen Leuten, die meine Feinde sind, und mich am liebsten bereits jetzt in den

Kerker schleppen nein, das habe ich von Ihnen nicht erwartet. Das war sehr häßlich, berührt mich unangenehm und schmerzt mich... Von einem Marczyhazy, den ich geschätzt und zu dem ich Vertrauen hatte, dem es bei mir unbegrenzt gut erging, von einem Marczyhazy muß ich schließlich erfahren, daß er ein gewöhnlicher Deszendent ist... Dies ist sehr peinlich!“

Abel sagte Abel nicht beleidigend, nicht einmal mit Ueberlegenheit, sondern vielmehr voll Bedauern, mit dem Bestreben des redlichen Mannes und der aufrichtigen Traurigkeit eines Enttäuschten. Die unvermittelte Wirkung dieses Tones blieb auch nicht aus. Der ehrliche Ton, diese wohlwollende Rede waren wie ein milder, duftiger, wohlthuender lauer Regen: dieses erweichte, mürbte die ausgetrocknete feste Erde und öffnete die harten verhärteten Samenkörner. Marczyhazys breites, stets herausforderndes Gesicht wurde ernst, er wurde plötzlich so selbstsam sanft, so aufrichtig reuig, und dies kam aus tiefstem Herzen hervor, wo unerwartete Unverderblichkeit, Absichten und Bestrebungen schlummerten, die im Sterben liegen, weil niemand da ist, der sie ausgräbt, die auf dem Gesicht eines solchen Menschen gar nicht mehr zu erkennen sind, denn er hat in sich stolze Granjamkeit, leichtsinniges Vorwärtstreben, Rücksichtslosigkeit gegen alle, Vernichtung aller Hindernisse großgezogen. Nun erschien eine seltsame Milde auf seinem Gesicht, und seine stets sicheren, heftigen Worte wurden unbeholfen und stöckend.

„Es war nicht recht von mir“ — sagte er. „War von mir häßlich. Sehr häßlich. Schändlich. Ich bin ein Schurke, sehe es ein. Ein letzter Schurke... Kann meine üblen Gewohnheiten nicht los werden. Schuben, Weiber, Bornehmerei... Kann mit Geld nicht umgehen! Was ich tat, ist eine Schwinerei, Sie haben recht!“

Er biß sich auf die Lippen, Bitterkeit spielte um seinen Mund, doch schlug diese jählings in harten Trost über. Er warf den Kopf in die Höhe, seine Augen verunkelten sich.

„Lassen Sie mich einsperren! Zeigen Sie mich an! Ich verlange keine Gnade!“

So stand er fest da, trotzig in den Sturm schauend, wie inmitten der Erde ein blutumbampfer Bauernburche, der sich selbst ins Messer stürzt, auf daß es ihm in den Leib gefahren werde, denn er vermag niemand zu schonen, nicht einmal sich selbst.

Abel war ihm gegenüber fast hilflos, schwach und erschrocken. Er begann ihn anzusehen:

„Nein, nein! Sagen Sie so etwas nicht. Tun Sie nicht so. Sehen Sie sich schon nieder. Sprechen Sie ruhig.“

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Erwerbslosenversammlung.

Am Freitag, den 11. November, fand im Zentralballsaal eine gutbesuchte Versammlung der Erwerbslosen statt. Gen. Kamsell ging in seine Referat insbesondere auf die Verteuerung aller Bedarfsgegenstände, die auch die Erwerbslosen, wenn sie nicht verkümmern wollen, kaufen müssen, ein. Die Kartoffeln kosten 1,20 M. Fett kann kein Erwerbsloser kaufen und Margarine kostet 30 M. Die Preise für Kohlen und Holz sind gestiegen und werden unerschwinglich, wenn die neuen Frachtsätze und die auf die Preise geschlagene Lohnerhöhung in Wirkung treten.

Demgegenüber sind die Unterstützungssätze seit Juli nicht verändert und die Erwerbslosen, die schon in Not und Elend leben, gehen, wenn nicht Hilfe kommt, dem Untergang entgegen. Die Gewerkschaften, die Regierung und die Gemeindeparlamente bekümmern sich jetzt, da die Arbeitslosenfrage nicht mehr so akut ist, gleich gar nicht mehr um sie. Demzufolge ist es die Aufgabe, mit aller Entschiedenheit bei diesen Körperschaften vorstellig zu werden. Insbesondere die Arbeiter in den Betrieben müssen sich bewußt sein, daß eines Tages die Scheinblüte der deutschen Wirtschaft zusammenbricht, daß das Kartenthaus der Hochkonjunktur in die Luft geht, und daß Millionen von Arbeitern von den Kapitalisten auf die Straße gesetzt werden.

Wie insbesondere der Oberbürgermeister Wagner, der an der Spitze der Stadt Breslau, die von einer sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit „regiert“ wird, über die Erwerbslosen denkt, geht aus folgender Äußerung hervor: „Wenn der Erwerbslosenrat sich noch einmal an die Spitze von einer Demonstration stellt, dann werde er aus den Büroräumen herausgeworfen.“

Es kamen dann noch einige krasse Fälle von Bedrohung von wirtschaftlich Starke zur Sprache. Der Magistrat kann es mit seiner Ehre noch immer vereinbaren, Leute zu beschäftigen, die auf Grund von Protektionen in die Verwaltung kommen.

Am Schluß der Versammlung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die versammelten Erwerbslosen nehmen durch ihre Vertreter Kenntnis von dem Scheitern mehrjähriger Bemühungen, den Bürgermeister Dr. Brecher zu einer Äußerung über die sich unbedingt notwendig machende Steuererhöhung, resp. die Weihnachtshilfe, zu sprechen. Die Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen sind infolge des unerlässlichen Profitierens der Kapitalisten zu einer der brennendsten Tagesfragen geworden.“

Wenn auch die erste Forderung der Erwerbslosen „Eintreibung in den Produktionsprozeß“ ist, so muß doch, solange dies nicht erreicht werden kann, für ausreichende Unterbringung der Erwerbslosen gesorgt werden. Wir sehen uns daher veranlaßt, die städtischen Behörden auf die Notlage der Erwerbslosen aufmerksam zu machen. Wir fordern die zuständigen Stellen auf, mit unseren gewählten Vertretern (Erwerbslosenrat) diesbezügliche Verhandlungen sofort in die Wege zu leiten, da aus den oben angeführten Gründen diese äußerst wichtige Frage keinen Aufschub duldet.

Die Erwerbslosen der Stadt Breslau.

Der „kommunistische Waffentau“ vor Gericht.

Vor dem Breslauer Schöffengericht fand am 5. November die Verhandlung gegen den ehemaligen Selbstschußmann Viehhoff statt. Es ist derselbe Viehhoff, der vor einigen Wochen der kommunistischen Partei für 2500 Mark eine ganze Anzahl von Maschinengewehren, Zusammenlegewehre, Flammenwerfer und Infanteriemunition verkaufen wollte. Da wir aber wußten, was wir von Waffenanbietern seitens der Ortschaft zu halten haben, wurden die beiden Verkäufer von zwei Genossen und zwei Kriminalbeamten nach Aufdeckung des Lagers dingfest gemacht.

Der p. Viehhoff hat unseren Genossen im Gefängnis gegenüber geäußert, ohne sie zu kennen, daß er von höherer Stelle beauftragt sei, den Kommunisten Waffen zu verkaufen. Man wollte dann die Kommunisten reinlegen und ihnen einen Prozeß aufhängen.

Wir haben schon oft auf das enge Zusammenarbeiten

der Justiz mit den militärischen Geheimorganisationen hingewiesen. Diese unsere Behauptung wird befestigt durch folgenden Vorfall.

Unsere beiden Genossen, die von dem Viehhoff Waffen „gekauft“ hatten, haben ein Interesse daran gehabt, bei der Verhandlung als Zeugen vernommen zu werden. Außerdem hatten sie ein Interesse zu erfahren, wer die Auftraggeber dieser Waffendeckelung waren. Das Schöffengericht kam dem aber nicht nach. Die Verhandlung wurde so gut wie nicht bekannt gemacht, und so wurden der Viehhoff und sein Kumpan, die das Werkzeug der Offiziere aus dem Vittoriahotel waren, schnell zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wir verstehen die Loyalität der bürgerlichen Richter sehr gut. Im trassen Gegenlag steht dazu die Tatsache, daß Kommunisten monatelang unschuldig im Gefängnis sitzen, ohne so schnell und schmerzlos arbeitende Richter zu finden.

In Nr. 257 der „Schles. Arbeiter-Zeitung“ brachten wir eine Notiz, wonach die Betriebsräte Härtel und Abel die Entlassung von fünf Arbeitern gebilligt hätten, weil diese Kommunisten seien und Kritik am Betriebsrat geübt hätten. Wie uns mitgeteilt wird, trifft dies nicht in der Form zu.

Die fünf Arbeiter seien deshalb entlassen, weil sie die Arbeit im Feuerhaus des Gaswerkes nicht angenommen haben.

Bemerken möchten wir noch, daß der Kol. Wirsich in dieser Sitzung des Schlichtungsausschusses als Vorsitzender amtierte.

Aus der Provinz.

Unterbezirk Siegnitz.

Am Sonntag, den 20. November 1921, vormittags 9 Uhr findet in Hainau, Gasthaus „Zur Hoffnung“, eine Unterbezirkskonferenz statt. Tagesordnung: 1. Organisationsfragen, Genosse Hamann; 2. Bericht vom Bezirksparteitag, Genosse Meier; 3. Agitation, ein Vertreter des Bezirks; 4. Unsere Aufgaben auf dem Lande; 5. Frauen- und Jugendbewegung; 6. Verschiedenes. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Die Unterbezirksleitung Siegnitz: J. A. Hamann, Sekretär.

Der gestrenge Herr Betriebsleiter in Niesty.

In der Lederfabrik und Gerberei von Ludwig Heinrich in Niesty verdienen Arbeiter 2 Mark pro Stunde. Als sich der Betriebsrat dafür einsetzte, daß die Leute mehr verdienen sollten, flog der ganze Betriebsrat auf Straßenzuflüster, worauf die ganze Belegschaft in Streik trat. Aber der gestrenge Herr Betriebsleiter wollte seinen harten Schädel durchsetzen. Am darauffolgenden Tage kam der Gauleiter des Lederverbandes. Diesem überreichte er mit hoch-erhobenem Haupt folgenden Schreiben:

Niesty, den 9. November 1921.

Bekanntmachung!

Die Arbeit ist am Freitag, den 11. November 1921, vormittags 7,30 Uhr von den Arbeitnehmern, die eine Aufforderung hierzu von der Firma erhalten haben, bedingungslos wieder anzubahnen, und zwar zu den am 5. November 1921 festgesetzten Löhnen.

Nicht mehr eingestellt werden:

- Maschinist Vos.
- Gezelle Schimmelmann.
- Arbeiter Drehschädel.
- Arbeiterin Heiderbach.

Der Arbeiter Basse gilt als entlassen und wird nicht mehr eingestellt.

Verhandlungen werden von Seiten der Firma oder deren Bevollmächtigten nicht vor Entlassung unter obigen Bedingungen geführt.

Das Betreten des Gebäudes durch Streikende ist strengstens verboten und strafbar. Verhinderung oder Bedrohung Arbeitswilliger wird unmissverständlich strafrechtlich verfolgt werden. Die Auszahlung der zeitlichen Löhne und Ausbändigung der Papiere wird rechtzeitig beauftragt werden. Die Wohnungen in den Grundstücken der Firma Ludwig Heinrich sind von sämtlichen Streikenden binnen vier Wochen zu räumen, anderfalls Zwangsversteigerung eintritt. Für Arbeitnehmer, die in diesen Wohnungen wohnen, wird der rest-

liche Lohn als Pfand für die noch zu entrichtende Miete zurückgehalten.

Falls die Arbeit am Freitag nicht aufgenommen wird, bleiben sämtliche Arbeitnehmer weiterhin ausgesperrt.

Unterschrift der Firma.

Zwei Stunden später suchte der Betriebsleiter das übergebene Schreiben wieder zurückzuerhalten und eilte sogar zum abfahrenden Zuge, wo er dem Gauleiter noch zu erreichen glaubte. Er wollte noch zwei Punkte ändern. Da der Gauleiter das Schreiben den Streikenden übergeben hatte, konnte aber die zwei Punkte nicht gestrichen werden.

Das war der erste Akt des Herrn Betriebsleiters und dann folgte der zweite. Dieser saubere Herr wollte durchaus Leute haben, die während des Streiks arbeiten und fand schließlich auf 9 Gmpel. Aber er hatte die Rechnung ohne die Niestyer Arbeiterschaft gemacht. Am Montag, den 14. Oktober, sammelte sich die Belegschaft der Waggon- und Baradenfabrik und zog demonstrierend vor die Lederfabrik. Die Streikbrecher wurden herausgeholt. Als ersten erwischten sie beim Arbeiten den gestrengen Herrn. Seine Vorstellung als Betriebsrat nutzte ihm nicht viel, denn gerade ihm wollten die Arbeiter recht kräftig die Hand schütteln. Als zweiten fanden sie einen Installateur Thomas, der in Niesty, Görlicher Straße, ein Geschäft besitzt und mit Lampen, Motoren usw. handelt. Dieser seine Mann besitzt sonst ein sehr gutes Herz für die Arbeiter, wenn er mit Arbeiter spricht. Aber dieses Mal haben die Arbeiter ihm das letzte Mal die Hand geschüttelt. Sie werden seinen Kramladen von jetzt ab als geschlossen betrachten. Dem Herrn Betriebsleiter ist zu empfehlen, den Jaun hinter der Gerberei um wenigstens mehrere Meter zu erhöhen und kein Stacheldraht nach oben, sondern Strickstromleitung anzubringen, damit er nicht von Leuten, die das Tor nicht finden können, allzu leicht überstiegen werden kann. Der Herr Betriebsleiter konnte diesmal die Einheitsfront der Arbeiterschaft praktisch erleben, die hoffentlich bald nicht mehr lokale Erscheinung sein wird, sondern sich über das ganze Reich erstreckt. Ueber den Streik werden wir noch berichten. P. L.

Berichtungs-Kalender.

KP. Breslau. Heute Freitag finden in allen Distrikten Mitgliederversammlungen statt. Die Distriktsführer haben das Material und die Instruktion für die Tagesordnung am Freitag abend von 5-7 Uhr auf dem Parteibüro abzuholen. — Sonnabend, den 19. November, abends 7 Uhr, im Parteibüro wichtige Sitzung aller kommunistischen Betriebsräte.

KP. Waldenburg. Der Rednerkursus findet am Sonntag, den 20. November, vormittags 9 Uhr, im Schützenhaus, Gottesberg, statt. Die Unterbezirksleitung. J. A.: Franz Metzger.

Görlitz. Montag, den 21. November 1921, abends 7,30 Uhr, findet im „Bismarckgarten“, Bismarckstraße, eine äußerst wichtige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag über die Frauenfrage und Bericht vom Jugendbezirksparteitag. Genossen und Genossinnen, bringt zu dieser wichtigen Versammlung unbedingt eure Frauen, sowie Jugendlichen und Sympathisierende mit. Die Ortsgruppenleitung.

Nächstste für Sowjetrußland. Die Genossinnen werden aufgefordert, nächste Woche, Montag, Dienstag und Mittwoch, bei der Genossin Stepanowich, Uferstraße 12, III, zu erscheinen, damit die wichtige Arbeit keinen Aufschub erleidet. Hilfskomitee für Sowjetrußland.

Achtung Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 20. November, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Fürstenbrunn. Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung bringt jeder Genosse seine Frau mit, soweit es angängig ist. Also Genossen erscheint zahlreich.

Breslau, Montag, den 21. November, pünktlich abends 7,30 Uhr, im Bahnhof, Schießwärdstraße, findet eine Versammlung aller Gewerkschaftsmitglieder, welche in der KP. organisiert sind, statt. — Tagesordnung: 1. Die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Gewerkschaften. Referent Genosse Paul Neumann-Berlin (Mitglied der Reichsgewerkschaftszentrale). 2. Vorschlag eines Genossen in die Bezirksleitung. Zum Eintritt legitimiert Mitgliedskarte der Partei und Mitgliedsbuch jeder Gewerkschaft. Wir machen es jedem Gewerkschaftsmitgliede zur Pflicht, zu dieser wichtigen Versammlung unbedingt und pünktlich zu erscheinen. Die Ortsleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlags- und Druckerei: G. m. b. H. Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

Ausschnitten und aufbewahren!

Vertrauen

Sie einer **Regel** **Frau!**

Wenn die **Regel** stockt oder monatlich ganz ausbleibt, ohne **Sorge**, ich helfe und schütze Ihre Gesundheit.

Verzweifelte Frauen!

Reitung und neuen Lebensmut bringen einzig und allein nur meine neuen, kräftig wirkenden Spezialmittel, auch in benachteiligten, bereits hoffnungslosen Fällen. (Ordn. Veränd. ausgeschl.)

Meine Mittel sind behördlich geprüft und vollkommen unschädlich.

Garantie für jeden Fall frage ich schriftlich bei, sonst Geld zurück. Keine Berührung. Lassen Sie sich nicht täuschen durch oft markt-schreierisch angepriesene Schwindel-Mittel. Teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben, Sie werden mir dankbar sein. Wenden Sie sich kostenlos an:

Frau Ida Pries Ww.

Hamburg 22 A 388 = Finkenau 22

Diskret. Versand gegen Nachnahme.

Demnachst erscheinend:

Als Heft 10 der Pflugschäfte der kommunist. Internationale

E. VARGA

STEUERFRAGEN UND STEUERPOLITIK

INHALT: Steuern und Gesellschaftsformen / Die Grundbegriffe der Steuerlehre / Die Frage der Abwälzung von Steuern / Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie / Die Grundlagen der Steuerpolitik der kommunistischen Parteien

24 Seiten Preis Mk. — 30

zu beziehen durch **CASL HOYM NACHF. LOUIS CAHRELEY, HAMBURG 11** sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Lieblich-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:

Das große **November-Programm.**

ECHE **Waltherius Hienkong-Essenz**

m. feinst. Krist. dest. u. Zus. v. 200 Ol. 12 Fl. M. 30. — bei 30 Fl. M. 75. — fr. inkl. Herst. Lab. F. Walther, Halle-S., Troick 1133

Floralien

sanfter billig u. gut

Sachen, Seiden, Bänder, Schleier, Gürtel, etc., etc.

gute Bekl., reichliche Auswahl v. etc.

E. Lehner, Berlin

Poststraße 7.

Kundenberatung per Nacht, v. 100 bis an. Preisliste gratis.

Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr:

Das glänzende **Variété-Programm**

Schönheitskämpfe.

Quartier: Zeltweg 54.

von 10 bis 12 Uhr: **Komm. Sieb. erwacht.**

Sonntag und Montag 7 1/2 Uhr: **Der letzte Kaiser.**

Gebrauchte

Mauser-Pistolen 7,63

kaufen zu höchsten Preisen

Gewehrfabrik

E. W. Wundrey & Co., Hamburg

Colonnaden

Spielwaren-

Ausstellung

ist eröffnet!

Größte Auswahl

Schnelle Bedienung

Billigste Preise

Albert Marcus

Ring 51-52 (5 Pf. - Haus) Ring 51-52

Partecke und 1. Etage